

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäftskonto: Dresden,
Gaben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakt: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Abgabepreis einschließlich Beigergeschenk monatlich 35,00 M., durch die Post
zugesandt 106,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
55,00 M., Einzelnummer 2,- M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wöchentlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die geschätzte Normparzellage 7,00 M., Familienanzeigen
5,00 M., die gehaltene Zeitung 27,00 M. Bei mehrmaliger Abgabe
Günstigung. Anzeigen sind im vorne zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Annahme an vorgelesenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 3 M.

Nr. 155

Dresden, Donnerstag den 6. Juli 1922

33. Jahrg.

Rathenaumord und Marktentwertung

Die letzten Tage haben uns eine Valutakatastrophe gebracht, wie wir sie in diesem Ausmaße noch nicht gehabt haben. Schon seit dem bekannt geworden war, daß die Anleiheverhandlungen in Paris gescheitert seien, bewegte sich der Dollar nach aufwärts. Während am 1. Juni für einen Dollar an der Börse 272,15 M. gezahlt wurden, stand der Dollar am 22. Juni auf 338,08 M., am 24. Juni, dem Tage der Ermordung Rathenaus, stieg er bereits auf 344,56 M., um bis zum 4. Juli auf 444,56 M. in die Höhe zu steigen. Zweifellos hat die Ermordung Rathenaus die Aufwärtsbewegung des Dollars beschleunigt und stark dazu beigetragen, daß in kurzer Zeit der Dollarkurs so stark gestiegen ist. Rathenaus galt im Auslande als der Mann, der am ehesten geeignet war, eine Erledigung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands herbeizuführen. Durch seine Ermordung ist der Kredit Deutschlands in der Welt stark geidägt worden. Allerdings hätte der Tod eine derartige Wirkung auf den Stand unserer Valuta nicht auslösen können, wenn nicht allzu viele Gründe für eine Verschlechterung der deutschen Valuta vorhanden wären, so daß jeder Anfall sehr leicht ein schnelles Fortschreiten der Marktentwertung zur Folge haben kann.

Die tieferen Ursachen zur Entwertung der deutschen Mark liegen darin, daß wir an das Ausland viel mehr zu verlieren, als wir zu bekommen haben. In erster Reihe kommt hier die starke Belastung Deutschlands durch seine Reparationsverpflichtungen in Frage, aber auch wenn wir nicht auf Grund des Friedensvertrages so große Zahlungen zu leisten hätten, wäre unter Zahlungsbilanz stark passio. Wir haben einen Einführungssüberschuß, dem entsprechende Einnahmen aus im Auslande angelegtem Kapital, aus Reederei usw., in entzweier Höhe nicht gegenüberstehen. Da wir über genügend Zahlungsmittel zur Bezahlung unserer Einführung nicht verfügen, wird unsere Verschuldung gegenüber dem Auslande immer größer, kein Wunder, daß unter diesen Umständen unsere Mark im Auslande immer mehr entwertet wird.

Unsere Wirtschaftspolitik hat den Tag Deutschland's nie genügend Rechnung getragen, man hat sich nie dazu aufzuhören können, die Einführung überflüssiger Auslandsgüter in der notwendigen Weise einzudämmen. Die fast reaktive Entwicklung der freien Wirtschaft hat zur Folge, daß wir mit unsern inländischen Bodenerzeugnissen sehr wenig haushaltisch umgehen. So verwenden wir z. B. einen großen Teil unseres Getreides, unser Karoßinen und unseres Brotzur Verschwendung von Alkohol und müssen die so verbrauchten Mengen durch Einführung ersetzen.

Für die Massen des deutschen Volkes ist der neueste Marksturz verhängnisvoll. Er muß zur Folge haben, daß die Leistungswelt noch viel schneller fortschreitet als bisher. Da abgesehen vom Umlagegetreide, die Preisbildung bei fast allen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen frei ist, muß das Sinken der Valuta dazu führen, daß auch binnen kurzem die Kosten der Lebenshaltung annähernd in demselben Maße steigen wie der Dollar. Dazu wird dann auch die Erhöhung der Löhne und Gehälter eintreten, aber wir wissen ja nur zu gut, daß diese Erhöhungen auch im besten Falle der Geldentwertung nachhinken.

Unsere Industrie wird wahrscheinlich durch das Steigen des Dollars zunächst von neuem belebt werden. Wir waren in vielen Waren infolge des Steigens unseres inländischen und Preisniveaus an den Weltmarktpreis herangefahren und es wurde behauptet, daß die deutsche Industrie im Auslande vielfach nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Durch unsere Entwertung der Mark dürfte zunächst die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie wieder hergestellt sein, aber dieser Vorteil wird in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder verloren. Nur so lange unsere Preise durch die Zwangsmaßnahmen in weitem Umfang gebunden waren und infolgedessen die Lebenshaltungskosten nur langsam der sinkenden Valuta folgten, konnte längere Zeit die Spannung zwischen dem inländischen und dem ausländischen Preisniveau erhalten bleiben. Jetzt, wo fast nichts mehr ein schnelles Emporhinaus der Preise verhindert, werden die Produktionskosten unserer Industrie auch sehr rasch in die Höhe gehen, so daß trotz dem neuen Valutasturz wir wieder bald nicht mehr wesentlich billiger produzieren können, als das Ausland.

Unsere Unternehmern werden infolge des Marksturzes vieler großer Papiergegensein aufzuladen, einmal deswegen, weil sie zunächst wenigstens hohe Valutagewinne werden einfahren können, und weil sie vielfach Waren, deren Produktionskosten noch verhältnismäßig niedrig waren, zu den hohen, den gesunkenen Geldwert entsprechenden Preisen verkaufen können. Doch wird ihnen die Freude an diesen Gewinnen stark gedämpft werden, weil sich wahrscheinlich die Kapitalnot unserer Industrie sehr vergrößern wird. Schon jetzt wird von einer Seite über Kapitalnot geklagt und die Banken berichten ihre Kreditbedingungen. Die Vermehrung der Notenmenge ist in den letzten Monaten reich, trotzdem die Gedanken darüber arbeiten, nicht aus, um den gestiegenen Bedarf unserer Volkswirtschaft an Umlaufmitteln zu befriedigen. Die starke Erhöhung der Rohstoffpreise und Löhne

in den letzten Monaten hat zur Folge gehabt, daß schon jetzt das Betriebskapital vieler Unternehmen nicht ausreicht, und die Schwierigkeiten müssen noch größer werden, wenn Löhne und Preise von neuem bedeutend in die Höhe gehen. Es ist zu befürchten, daß viele Unternehmen aus Kapitalmangel ihre Betriebe eindämmen müssen und dadurch Arbeitslosigkeit hervergerufen wird.

Darüber, ob die Abwärtsbewegung unserer Valuta in absehbarer Zeit zum Halten kommen wird, läßt sich nur nichts sagen. Da dauernd die Nachfrage nach ausländischen Waren das Angebot übersteigen wird, so sind wir nicht davor sicher, daß in einigen Wochen der Dollar auf 700 oder 1000 steht. Helfen könnte uns im Augenblick nur eine größere Auslandsanleihe, die aber ohne eine Änderung der Reparationsbedingungen nicht zu erlangen ist. Kann sich die Entente zu einer Milderung unserer Reparationslasten nicht recht bald entschließen, so drohen infolge der Marktentwertung nicht bloß dem deutschen Volke, sondern der ganzen Weltwirtschaft die schwersten Gefahren.

Deutsche Arbeiten für Frankreich

Paris, 5. Juli. Nach einem gestern vom Ministerrat der Reparationskommission überwiesenen Plan zur Ausführung bestimmter öffentlicher Arbeiten unter Mitwirkung Deutschlands beträgt der Anteil Deutschlands an der Regulierung der Rhône 285 Millionen, der französische Anteil 595 Millionen Francs, an der Regulierung der Thur 120 Millionen an französischer Arbeit, für die Dordogne 185 Millionen deutscher und 105 Millionen Francs französischer Arbeit, für den Vogesenarm 65 500 000 Francs deutscher und 500 000 Francs französische Arbeit, für den Seine-Mosel-Kanal und den Seine-Main-Kanal 502 Millionen an deutscher und 88 Millionen Francs an französischer Arbeit, für Maas und Schelde 880 400 000 Franc an deutscher und 50 500 000 Franc an französischer Arbeit. Die Regulierung der Rhône erfordert 12 000 Arbeiter mit zehntägiger Arbeitzeit, d. h. eine Ausgabe von 1200 Millionen für die Löhne für Deutschland und 100 Millionen Franc für Frankreich. Der Thur fordert 1800 Arbeiter während vier Jahren und 45 Millionen Franc an Löhnen. Die Dordogne verlangt 12 500 Arbeiter für vier Jahre. Der Vogesenarm braucht 600 Arbeiter für vier Jahre. Die Verbindung von Seine und Mosel

erfordert 200 Millionen Franc an Löhnen. Die Arbeiten werden wie gewöhnliche öffentliche Arbeiten unter Leitung französischer Ingenieure vorgenommen. Ein großer Teil der Lieferungen und des Materials wird der französischen Industrie vorbehalten.

Botschafterwechsel in Berlin

Paris, 5. Juli. Nach einer Habadmeldung wird in politischen Kreisen erklärt, daß die Ernennung des Verwaltungsdirektors im Ministerium des Außenwesens Maurice Herbetet zum französischen Botschafter in Berlin an Stelle von Laurent unmittelbar bevorstehe.

Verhandlungen über Regierungs-Erweiterung

Am Mittwoch mittag beginnen die ersten Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der Sozialdemokratie über die Erweiterung der Reichsregierung nach links. Die Verhandlungen tragen unverbindlichen Charakter. Sie sollten im Laufe des Donnerstag fortgesetzt werden.

Die Verhaftung des zweiten Rathenaumörders

Berlin, 5. Juli. Wie die L. II. von zuständiger Stelle erfährt, bestätigt es sich, daß der zweite Mörder Rathenaus verhaftet worden ist. Genauere Mitteilung über die Persönlichkeit des Verhafteten können noch nicht gemacht werden, doch trifft es zu, daß der Verhaftete dem Verbände nationalgesinnter Soldaten angehört.

Düsseldorf, 5. Juli. Der im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus verhaftete Praktikant Bauer ist gestern auf Erischen des Oberrechtsgerichts beim Staatsgerichtshof nach Berlin übergeführt worden. Darauf kommt nicht als Melder in Betracht. Es besteht aber harter Verdacht der Begünstigung.

Englische statt deutsche Kohle

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission das Gesuch gerichtet, die zukünftigen Rohstofflieferungen für Juni und Juli in englischen Wägen einzurichten zu können. Dieses Gesuch wird durch die schlechte Lage auf dem Kohlenmarkt begründet. Die englische Kohle soll selbstverständlich auf Kosten Deutschlands von England nach Frankreich transportiert werden. Gleichzeitig hat die Reichsregierung der Reparationskommission eine Denkschrift über die Lage auf dem Kohlenmarkt überreicht. Diese Denkschrift soll die Grundlage für das neue Rohstofflieferungsprogramm bilden, das voraussichtlich Mitte August in Kraft treten soll. Die Verhandlungen über das neue Programm werden in der kommenden Woche in Paris aufgenommen werden.

Die Sicherung der Republik

Eigene Drachimeldung

Berlin, 6. Juli. Im Reichsausschuß des Reichsgerichts begannen heute morgen die Beratungen über das Gesetz zum Schutz der Republik. Abgeordneter Dühringer (Deutsch. Volksp.) verlangte eine Generaldebatte zur Klärung der Frage, ob dieses Gesetz noch notwendig sei, nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten bestehet, und ob die Erklärung des Reichsjustizministers, daß sich die Verordnung nur gegen rechts richtet, auch für dieses Gesetz gelte. Der Ausschuss lehnte eine Generaldebatte ab.

Zu § 1 führte Abgeordneter Bell (Centrum) u. a. aus: Dieser Paragraph richtet sich gegen die Mörderzentralen. Nach dem Strafgesetzbuch würden in solchen Fällen nur die Täter gefasst, nicht aber diejenigen, die die Hauptverantwortung tragen. Nicht aber befürchten wir Stube, als daß diese Verbrechermutter bestraft und ausgerichtet seien. Der § 1 sei der Kernpunkt der ganzen Vorlage. Es sei erforderlich, ein Gesetz zu machen, die Verordnung könne auf die Dauer nicht genügen. Die Mörderzentralen seien so vorsichtig organisiert, daß sie an anderen Stellen des Reichs auftauchen, wenn sie an einer Stelle niedergeschlagen seien. Bei der Strafbestimmung fordert er für Verbrechen, durch die der Tod des Opfers herbeigeführt wird, die Todesstrafe, für andere Lebenstrafen.

Reichsminister der Justiz Radbruch erläuterte, ein Gesetz sei notwendig, weil die Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Nachlassen oder Wegfallen der Gefahr außer Kraft treten würde. Erst nach einer neuen Tat könne die Verordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Wie dranen aber ein Gesetz, um der neuen Gesetzgebung vorzubringen. Die Erklärung, daß die Verordnung des Reichspräsidenten nur gegen rechts angewendet werden soll, habe sich nur auf die Verordnung beziehen.

In dem vorliegenden Gesetz sei ausdrücklich von der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform die Rede. Das Gesetz sowie also gegen diejenigen angewendet werden, die gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform mit Gewalt vorgehen. Nur schwer habe er sich entschlossen, die Todesstrafe in das Gesetz hinzubringen. Wenn ein neues Strafgesetzbuch vorgelegen hätte, das die Todesstrafe nicht enthalte, so wäre sie auch in diesem Gesetz fortgefallen. So lange das Strafgesetzbuch aber die Todesstrafe habe, müßte sie auch bei diesen Staatsverbrechen angewendet werden.

Der Gedanke, auch die Vollstrecker gegen die Mörder zu tödigen, sei ihm sympathisch. Er würde diesen Gang nach auf andere führende Männer im öffentlichen Leben, wie Gericht, Harben und andre, aufgehen. Diesen Gedanken kann man vielleicht in

den Schlußbestimmungen des Gesetzes verwirklichen. Gegen den Zentrumsausschuß, der die nächsten Verwandten von der Angeklagten bestreit, habe er nichts einzutwenden, weil entsprechende Erleichterungen auch schon im Vorentwurf im Strafgesetzbuch vorgesehen seien.

Der Unabhängige Leib führt aus: Das Gesetz dient der Wiederherstellung der Moral, die vielen auf der äußersten Rechten abhanden gekommen sei. Das Riederschaffen von Menschen müsse unmöglich gemacht werden. Sympathisch sei ihm auch der Schutz der Vollstrecker. Seine Partei sei bereit, auch alle im öffentlichen Leben Sicheren zu schützen. Leib wendet sich gegen alle Abschließungen, die auf eine Bestrafung der Angeklagten auslaufen. Alle diese Anträge bedeuten eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes. Nach dem Strafgesetzbuch seien sowohl die nächsten Verwandten, wie auch die Geistlichen verpflichtet, Mordeabsichten, die ihnen zur Kenntnis kommen, anzugeben.

Abgeordneter Wissell (Soz.) erklärt mit großem Nachdruck, daß das Gesetz nicht genüge. Die Republik sei verloren, wenn es nicht hart genug austreite. Er begründet folgenden Antrag zu § 1: Mit dem Tode oder lebenslänglichem Hochhaus werden bestraft: a) Personen, die an einer Vereinigung oder Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, oder den Umständen annehmen müssen, daß es zu ihrem Ziel gehört. Mitglieder einer im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Landes oder des Reiches zu idem. b) für Personen, die ohne an einer solchen Vereinigung oder Vereinigung teilzunehmen, einer zu bestreiten durch Mat oder Tat oder durch andere Weise, besonders durch Zusammensetzen, misslich Hilfe leisten. c) Personen, die an einer solchen Vereinigung oder Vereinigung oder um Mordversuch einer Mordabsicht wissen, werden mit Hochhaus bestraft, wenn sie das Bestehen der Vereinigung oder Vereinigung oder die Tötungsfähigkeit, die ihnen bekannten Täter oder deren Verbrechen nicht unverzüglich mitteilen.

Abgeordneter Koch (D. P.) hält das Gesetz nicht für notwendig, da die vorliegende Verordnung genüge.

Der Demokrat Koch tritt für das Gesetz ein. Eine Reaktion sei sogar für gewisse Verordnungen zu § 1 anderseits Wünsche, aber auch gewisse Widerungen geäußert worden. Er weißt, daß die Abgeordneten der Geschwister nicht nur die Angeklagten bestreit, sondern auch bei diesen Staatsverbrechen angehen. Koch polemisiert dann gegen den Abgeordneten Bell, der nur im Fall einer Ermordung die Todesstrafe ausschließen will.

Das Finanzprogramm der Christlich-sozialen

Die österreichische Krone steht zur Zeit tiefer als jemals. Alle seine Kredite verfügen Österreich nur für wenige Monate Verleihung zu gewähren. Für eine wirtschaftliche Hilfe, ja selbst als Grundlage zur Stützung der Banknotenpreise, sind sie viel zu gering, wie die Geschichte des englischen Krisis beweist, der in wenigen Monaten aufgeheizt war.

Nun entschloß sich die neue christlichsoziale Regierung, nachdem die bisherigen christlichsozialen Regierungen ihre Programme zur Sanierung Österreichs immer nur auf die Entente-Kredite aufgebaut hatten, endlich eine — wenn auch schwächer — Anleihe bei den Sozialdemokraten zu machen. Diese hatten seit jeher, namentlich seit die Geldentwertung so große Fortschritte gemacht hatte, als einziges Mittel zur Abwendung der Katastrophe die Erfassung der Sozialdemokratie ergriffen. Schon beim Kampf um die Vermögensabgabe vor mehr als zwei Jahren haben sie die Rorderung aufgestellt, und in dem Finanzprogramm, das sie am 1. Oktober des vorigen Jahres veröffentlichten, sind drei Maßregeln an die Spize gestellt: Anforderung der ausländischen Zahlungsmittel, die sich in Waffen im Besitz des Großkapitals befinden, in der Form einer Zwangsabgabe, dann Wangshypothesen auf den Grundbesitz und schließlich Staatsaktionen von den Aktiengesellschaften. Damals wurden die Sozialdemokraten von den bürgerlichen Parteien wegen dieser Forderungen belächelt, und die Regierung Seipel hat, um die Befürchtungen der Kapitalisten vor einer Anwendung dieses sozialdemokratischen Programms zu zerstreuen, gleich beim Antritt ihres Amtes, und dann später, als die ausländischen Bauten und Diensten in die Höhe sautten, wiederum eröffnet, daß sie sich von überreichen oder regendem gewalttätigen Eingriffen in das Wirtschaftsleben fernhalten werde. Als aber die Krone immer noch tiefer fiel und der Bundeskanzler die Führer der Vorste besprach, erklärten ihm die Sozialdemokraten, daß, wenn nicht sofort durch gesetzliches Mittel die Bauten verpflichtet werden, die in ihrem Besitz befindlichen Bauten abzuliefern, die Katastrophe unvermeidlich sei und 100 Exzesse und Plünderungen, wie sie Wien am 1. Dezember erlebt hat, in noch weit größeren Umfangen wiederholen würden. Sie verlangten, es möge mit den ausländischen Bauten eine neue Rente auf gegründet werden, die die Sanierung der Krone, somit sie eben der der Passivität der Wirtschaft möglich sei, verhindern sollte.

Zur zwangsläufigen Anforderung der ausländischen Zahlungsmittel konnte sich die christlichsoziale Regierung nicht entschließen. Bloß aber nahm der Bundeskanzler die sozialdemokratischen Erklärungen zum Anlaß, um die Bauten auf die Gefahr, die nicht nur den Staat, sondern auch die Sold und die friedliche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bedrohte, aufmerksam zu machen. In einem weiteren Bericht wird erzählt, daß der Bundeskanzler die sozialdemokratischen Erklärungen wörtlich vor den Bankgewaltigen wiederholte und daß diese Herren unter dem Eindruck sich entschlossen, die zur Gründung einer Notenbank erforderlichen ausländischen Bauten — man spricht von mehr als hundert Millionen österreichischen Kronen — voll gestellt würden — bereitstehen. Aber damit wäre die Wollförschafft, die Notenrente stillzulegen, noch nicht gegeben, und mit der Gründung der Notenbank würde auch schon wieder eine neue Entwicklung der Krone beginnen. Also mußte die Regierung auch nach der zweiten Amtseinführung der Sozialdemokraten, die Wangshypothese auf allen Grundbesitz — es soll eine Hypothese von 100 Millionen Kronen auf jedes Jahr geplant sein — akzeptieren. An die dritte Forderung, die Gratifikationen von den Aktiengesellschaften, wagte sie sich nicht heran, offenbar meinte sie in ihrem christlichen Sozialismus, daß das Großkapital mit der Übernahme des Grundbesitzes der Notenbank schon genug geleistet habe — obwohl der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß sie die Bauten für dieses „Opfer“ durch günstige Bedingungen aus der Notenbank haben bezahlt werden. Dafür wurde an die Wagnahmen, die dem sozialdemokratischen Auswanderungsplan entnommen waren und die dem zweiten dienen sollen, dem Staat eine Atempause zu verschaffen, damit er einige Zeit das Defizit nicht durch inflationsistische Maßnahmen decken müsse, ein ganzer Krone von direkten Steuern angefügt, die die breiten Massen schwer belasten sollen: eine Barenumsatzsteuer, Betriebssteuer, Eßgutsteuer, Bröllosteuer, Zündholzsteuer, Erhöhung der Pölle, Zigarettensteuer, und zum Schluss wurde angekündigt, daß die Regierung nicht nur die Monopole aufheben, sondern auch die gemeinschaftlichen Betriebe und die Bundesbahnenwerftstätten dem Privatkapital verkaufen wolle.

Im Namen der Sozialdemokraten hat Dr. Bauer sofort, nachdem die Regierung ihr Programm veröffentlichte, das Reichtraum gegenüber den Bauten der Regierung ausgeprochen. Bloß jene Wagnahmen, die dem Staat die Möglichkeit schaffen sollen, durch außerordentliche, einmalige Einnahmen die Banknotenpreise stillzulegen und dadurch die Geldentwertung eine Schonzone zu geben — es sind das die sozialdemokratischen — sind unbedingt dringend, während die Steuermaßnahmen ja erst einen Zweck haben, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß man die Banknotenpreise stillzulegen vermag. Tatsächlich läuft sich über die Ober-, die die breiten Massen auf sich nehmen können, verhandeln. Den Verkauf von Staatsbetrieben haben die Sozialdemokraten natürlich entschieden abgelehnt, den Abbau der Be-

Leben * Wissen * Kunst

Frau Suttner

Wiener Gastspiel im Schauspielhaus
Das Burgtheater-Gastspiel wurde gestern mit einem weit späteren Sünd fortgeführt als Molnars Märchen war. Karl Schönbergs fünfzigstes Schauspiel: Frau Suttner steht am Gegenpol dazu. Der Großstadt, Nerven, Getriebe, thematisches Altertum — hier Vor, einheitlich-einheits Meinidium, wenige und schlichte Vorgänge, ein einziges Thema. Dort Suttner und Reizungen — hier Sachwirkung und der Hammerklag eines ziellosen Wissens. Weißlich hört man nun diese Schönbergsche Tiroler Dorf-Tragödien eben deswegen besonders gerühmt: Viel finden darin jene in den Städten bevorzugt beliebte, angeblich ganz urechte, treue Freunde, heimatstümliche Freude und Menschlichkeit, die, noch von Gedanken und wuchernden Vorstellungen unverändert, mit ihrer ursprünglichen Wucht das Interesse des Zuschauers heranförbert. Mir gelingt es gerade Schönberg gegenüber nicht, zu dieser Einstellung zu kommen. Wohl, ein Werk wie Frau Suttner hat einen sehr bedeutenden Konflikt zum Inhalt, der von idealistisch-dramatischen Menschen erlebt wird; ein Edelher-Ehepaar, auf dem Lande bleibt kinderlos, und als die Frau älter, öffnet sie sich freiwillig im Gefühl ihres verfehlten Frauentums dem jüngeren Manne, führt ihm ein junges Mädchen zu und geht in den Tod; neben den drei Hauptfiguren bewegen sich ein paar scharf profilierte Nebenfiguren — das ist alles. Niemand wird jerner Schönbergs bestreiten, daß er eine so eindrückliche Gelegenheit zu geradezu unentzündbar unfehlbarer Wirkung zu bringen versteht. Aber hier liegt schon meine Gegenempfindung ein! Wer so sabelhaft zielbewußt Wirkung herorbringt, von dem kann man dramatische Kunsträtsche lernen; aber irgendwie muß es doch die Natur gewollt haben. Was immer um so bedeutslicher ist, je naturalistischer ein Stück geschrieben ist (und Frau Suttner ist vollkommen naturalistisch geschrieben). Und in der Tat: dieses Stück besteht nur aus Szenen, die der Darstellung des einen einzigen inneren Ereignisses dienen; es ist ein Art vorübergehend, eine Dienstagsmagazin-Stoff lauft, Bspel geerntet werden oder ein Kontobuch geführt wird — nach Abwesenheit steht wieder die Kinderlosigkeit der Frau Suttner und die Haltlosigkeit ihrer Ehe im Vordergrund: man sieht es förmlich voran, daß der Verfaßer nichts bringt, was sich nicht als selbst so wendet. Darum fehlt dem Ganzen nur die „Atmosphäre“, die freie Luft, der Hintergrund, das Eingebettsein des Eingeborgang nicht nur in der Welt-Lou, sondern liegt in irgend eine spiegelnde, mildende, weiterleitende, klängende, das Ganze umschwingende Umwelt. Der Zuschauer befindet sich unter einer Kuppel, an der Schönheit jede Minute dreht: Du solst und mußt aber diese arme

frau weinen, und wenn ich sie sogar noch mit einem Augenblick eigens dafür erfundenen Sentimentalitäten umhüllte. Nun, der Ausdauer meint unweigerlich Auge, aber er ist trotzdem „bestimmt“, denn er kann als Grausamkeit und Grausamkeit nicht umhüllt, die Absicht empfindlich zu machen. Und mit dieser Absichtlichkeit hat sich Schönberg auch den Glauben an die absolute Ehrlichkeit und Reinheit seiner Gestalten verschafft — der Dramatiker hat zuletzt gesagt, der Dichter verdeckt. Immerhin, Repellit trägt sein Namen davon.

Die Darstellung der Wiener, etwas schleppend im ganzen, gebot Echtung. Hedwig Bleibtreu in der Titelparte bewies ihre unbestrittenen Fähigkeiten und entfaltete all ihr Berühmtes können, blieb höchstens noch etwas mehr an Preisfähigkeit und Leidenschaft schuldig, als die Dichtung ihr auslieferte. Mag Ballhausen als Suttner verlor sich zuweilen, übrigens selten, aus dem Dialektal in tragödienhaften Bathos, doch umriß er die Gestalt des treuherzigen Kolpatsch sicher und füllte den Rahmen mit einer angemessenen Anzahl guter, bisweilen seiner Einzelzüge sogar fällig aus; er wußte nämlich nicht aus dem Vollem, aber was ein Momentzeiter nacheinander geben kann, gab er. Lotte Melschn als blühendere Grell ergwang sich Achtung für ihr Sicherheit, geschmackvollen Können, Sympathie für ihre tödliche Natur; sie erwartete sie freilich nur — ganz frei lag sie dieser Darstellung kaum zu. Von den Nebenfiguren störte mich Marie Mell durch das Aussehen einer mißglückt-bösartigen Katharina. — Das Stück wird den Wienern zweifellos zugute kommen; es gilt, wie man gestern schon gesagt, das Publikum in Saal und exakte Befall und Ruhm. Nur der Söldl möchte markiert herauskommen — eine kleine Aufgabe für den merkwürdigweise ungenannten Regisseur. Im übrigen hat Schönberg schon dafür gesorgt, daß bis zum letzten Augenblick Spannung und Mitgesinntheit wachleben.

Hochschule und Schulreform

Der Dresdner Lehrerverein hat folgende Entscheidung gefasst und eingereicht:

Der Dresdner Lehrerverein bedauert ausschließlich, daß die Universität Leipzig und die Technische Hochschule Dresden in einer Ablehnung an die Erklärung des Verbundes Deutscher Hochschulen den geplanten Deutschen Ober-Hochschulen die Hochschule reicht zu gestehen wollen. Es erblidet in diesem Urteil ein Verkommen klar zutreffender Entwicklungsmöglichkeiten. Die für die Ablehnung angeführten Gründe sind nach seiner Meinung durchaus nicht frischhaltig, zum Teil den Erfolgen widersprechend. Der Dresdner Lehrerverein

Gesetzgebung

Seite 2

Erlösung der Sozialrevolutionären beantragt

Montag Nacht und Montag Im Bereich gegen die 26 Sozialrevolutionären beantragt nach amtläßigen Verhandlungen der Vertreter des Staates die Todesstrafe durch Erstschied gegen alle Angeklagten. Das Urteil ist erst Ende der Woche zu erwarten.

Das Schutzgesetz im Reichstag

Als am Mittwoch der Reichstag die Veratung des Gesetzes zum Schutz der Republik begann, zeigte sich äußerlich im Hause so, daß sich große politische Entscheidungen vorbereiteten. Schnell, kurz und gerade darum wichtig, gab der Reichskabinett Minister Küster dem Gesetzentwurf einige Begleit-

worte auf den Weg, er führte aus: Die Reichsregierung hat diesem Hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Republik zugehen lassen. Der Reichstag hat ihn mit gewaltiger Majorität von 48 gegen 18 Stimmen angenommen. Was uns in dieser Stunde nicht sind nicht lange leben, sondern handeln. (Sehr wahr! links.) Der Reichstag hat mit Nachdruck gearbeitet; ich bitte daher diesen Gesetzentwurf mit der möglichen Beschleunigung zu verabschieden. Die Worte dieses Gesetzentwurfs ist schon in zwei Verordnungen des Reichspräsidenten gereget. Dennoch schlagen wir Ihnen vor, an Stelle der Verordnungen ein Gesetz zu schaffen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Reichsregierung ist der Meinung, daß mit den Ausnahmestatuten des Art. 48 der Verfassung so selten und so kurz wie möglich regiert werden soll. Dieser Gesetzentwurf ist zwar aus einem eigenlichen Reichstand herausgewachsen, aber dieser Reichstand ist seit Monaten wesentlich und fahrlässig vorbereitet. Wir können uns bestellt nicht befreien, mit einem Instrument, durch das wir lediglich eine augenblickliche politische Situation meistern können, die sich in einigen Wochen wieder vollkommen geändert haben kann. Die Erklärungen, die wir mit der Verordnung des Reichspräsidenten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gemacht haben, haben das bewiesen. Wir brauchen dauernde Maßnahmen, durch die wir jenen Stumpfungen offen legen, entkräften und sanieren können, aus dem die Entmündung Dr. Rathenaus hervorgegangen ist, jenen Stumpfungen, aus dem nach dem Willen eines kleinen, aber seines Wiederbende neuen Reichstaats, neue Erhöhungen hervortreten sollen, wenn wir nicht endlich den Mut und die Verantwortung finden, das zu tun, was die Situation erfordert, was das deutsche Volk vielleicht schon längst von seiner Regierung erwartet hätte. (Sehr richtig! links.) Mit den gemeinsamen Mitteln hat man die Vertreter der neuen Staatsidee in der Richtung unserer Menschenrechte erobert und gleichzeitig alle Organe, auf die man Einfluß hatte, dazu benutzt, diesen Gedanken zu verbreiten und selbst die unzählige Jugend in den Schulen mit diesem Geist und diesen Verleumdungen zu erfüllen. Eine solche Handlungswise zeigt von einer Geschwindigkeit niedrigster Art; denn man muß wissen, daß diese Verleumdungen falsch sind, was ihre Träger und Verbreiter natürlich wissen. War der Boden genug vorbereitet, dann ging man zu persönlichen Angriffen auf Leben und Gesundheit der neuen Staatsmänner über. Durch die Entmündung und Verabsiedlung der Personen sollte die Republik getroffen, ihr Ansehen im In- und Ausland herabgesetzt werden.

Als Silberschmidt (Soz.): Die Ursachen, die uns nötigen, sind auf der heutigen Gesetzesvorlage Stellung zu nehmen, sind außerordentlich betrübliche Scheinungen im Leben unserer deutschen Republik, die schwer bedroht sind und durch ein Ausnahmegericht geschützt werden soll, das gegenüber jenen Kreisen, die die Republik gefährden, also gegen rechts, angewendet werden soll. Der Gesetzentwurf richtet sich nicht

gegen eine Person, sondern gegen Personen und Vereinigungen, zu deren Ziel gehört, die republikanischen Regierungen zu gefährden, ihre Mitglieder zu töten und Gewalt gegen die republikanische Staatsform zu gebrauchen. Es handelt sich also um

ein Werk der Verteidigung der Republik, die von dunklen Mächten bekämpft wird, die den Obrigkeitstaat wieder erischen lassen möchten. (Sehr richtig! links.) Die Reichsregierung, die von diesen Mächten bestimmt wird, die den Obrigkeitstaat wieder erischen lassen möchten. (Sehr richtig! links.) Die Reichsregierung, die angewandt werden, um zur absoluten Vernichtung des neuen Staatswesens zu gelangen, sind die schimpflich und verunsichernden, um so mehr, als sie sich gegen im Dienste des republikanischen Staates stehende Personen richten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit den gemeinsamen Mitteln hat man die Vertreter der neuen Staatsidee in der Richtung unserer Menschenrechte erobert und gleichzeitig alle Organe, auf die man Einfluß hatte, dazu benutzt, diesen Gedanken zu verbreiten und selbst die unzählige Jugend in den Schulen mit diesem Geist und diesen Verleumdungen zu erfüllen. Eine solche Handlungswise zeigt von einer Geschwindigkeit niedrigster Art; denn man muß wissen, daß diese Verleumdungen falsch sind, was ihre Träger und Verbreiter natürlich wissen. War der Boden genug vorbereitet, dann ging man zu persönlichen Angriffen auf Leben und Gesundheit der neuen Staatsmänner über. Durch die Entmündung und Verabsiedlung der Personen sollte die Republik getroffen, ihr Ansehen im In- und Ausland herabgesetzt werden.

Erst die Führer, dann die Republik, das ist die Tendenz, die sich in diesen Handlungen zeigt. Die Verlängerung, die die Republik als die richtige Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens ansieht, hat bisher eine außerordentliche Langsamkeit und Gewalt bemahnt. (Sehr richtig! links.) Nun aber ist es genug! Mit Verabsiedlung stellen wir fest, daß es mit der Langzeit der republikanischen Verabsiedlung zu Ende ist. (Verabsiedlung Zustimmung links.) Das ist ein gutes Zeichen von der festen Überzeugung der Bevölkerung, die sich die Republik auch nicht durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republiklichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befürwortet und fördern will, dazu will.

Der Schutz der Republik muss so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Widerstand verlegt, der Republik wieder näher zu treten. Beider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatsverfassung ungeheuer schwier unter der Hände der Rechtsparteien gelitten. Der Fall der Welt seit dem Ende Rathenaus droht das am besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die lebten ungeheuren Einwirkungen ungunstiges unfruchtbaren Lebens zum allergrößten Teile auf die Zonen zurückführen, die dem Ausland zeigen: Der Staat an sich ist nicht genug sondern, dies ist durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republiklichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befürwortet und fördern will, dazu will.

Der Schutz der Republik muss so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Widerstand verlegt, der Republik wieder näher zu treten. Beider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatsverfassung ungeheuer schwier unter der Hände der Rechtsparteien gelitten. Der Fall der Welt seit dem Ende Rathenaus droht das am besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die lebten ungeheuren Einwirkungen ungunstiges unfruchtbaren Lebens zum allergrößten Teile auf die Zonen zurückführen, die dem Ausland zeigen: Der Staat an sich ist nicht genug sondern, dies ist durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republiklichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befürwortet und fördern will, dazu will.

Der Schutz der Republik muss so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Widerstand verlegt, der Republik wieder näher zu treten. Beider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatsverfassung ungeheuer schwier unter der Hände der Rechtsparteien gelitten. Der Fall der Welt seit dem Ende Rathenaus droht das am besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die lebten ungeheuren Einwirkungen ungunstiges unfruchtbaren Lebens zum allergrößten Teile auf die Zonen zurückführen, die dem Ausland zeigen: Der Staat an sich ist nicht genug sondern, dies ist durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republiklichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befürwortet und fördern will, dazu will.

Der Schutz der Republik muss so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Widerstand verlegt, der Republik wieder näher zu treten. Beider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatsverfassung ungeheuer schwier unter der Hände der Rechtsparteien gelitten. Der Fall der Welt seit dem Ende Rathenaus droht das am besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die lebten ungeheuren Einwirkungen ungunstiges unfruchtbaren Lebens zum allergrößten Teile auf die Zonen zurückführen, die dem Ausland zeigen: Der Staat an sich ist nicht genug sondern, dies ist durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republiklichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Meine Partei wird dazu beitragen, was eine Partei, die die Freiheit erstrebt und die neue Staatsform befürwortet und fördern will, dazu will.

Der Schutz der Republik muss so stark werden, daß nach rechts hin für alle Zukunft die Widerstand verlegt, der Republik wieder näher zu treten. Beider hat in den letzten Jahren das Ansehen des deutschen Volkes und der deutschen Staatsverfassung ungeheuer schwier unter der Hände der Rechtsparteien gelitten. Der Fall der Welt seit dem Ende Rathenaus droht das am besten aus. Wenn man im Ausland zu unserm Staat kein Vertrauen hat, so können wir die lebten ungeheuren Einwirkungen ungunstiges unfruchtbaren Lebens zum allergrößten Teile auf die Zonen zurückführen, die dem Ausland zeigen: Der Staat an sich ist nicht genug sondern, dies ist durch Reichsmord rauschen lassen will. Sie ist gewillt, die Republik mit ihrem Leben zu verteidigen. Der Erfahrungsbereich der Gemeinschaften und der sozialistischen Parteien ist es zu danken, daß sich aus den unterdrückten Verbindlichkeiten des alten Obrigkeitstaates selbstständige Persönlichkeiten entwickelten, die die Gesellschaft selbst in die Hand nahmen und nun auch erkennen, daß sie mit dem neuen Staat eingerichtet sind, als sie es mit dem früheren Obrigkeitstaat waren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Arbeiter, Angestellten und alle Republikaner erwarteten vom Reichstag, daß jetzt endlich die Sicherung der Republik und der Republik

Wenn die Arbeiterschaft immer weiter zur Gewalt und zur Betriebsfeind auf die Schanzen geworfen wird, so wird dadurch die industrielle Tätigkeit zwar auf Stunden unterbrochen, aber der dadurch entstehende Schaden ist nur sehr gering gegenüber dem Unheil und Verderben, das jene über uns bringen, die händig das Land in politischer Unruhe halten und die Existenz der Republik bedrohen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wird hohe Zeit, daß die Republik, das moderne Staats- und Rechtsleben dauernd geschützt werden. Die Arbeiterschaft kann die Mittel, die deutsche Gewalt einsetzen, das Kampf gegen die Republik anwenden. Sie lebt in dem Bewußtsein, daß die militärischen Mittel der Republik ausreichen, um ihre Sache zu verteidigen. Sollten diese aber nicht allein ausreichen und sollten, wie in den letzten Wochen und Monaten

die Mittel des brutalsten Gewalt

Uebung bleiben, dann soll man sich nicht wundern, wenn in der Arbeiterschaft der Gedanke gewinnt, daß die geistigen Kampfmittel allein nicht ausreichen. Die Vertreter und Anhänger des Gewaltprinzips müssen mit den gebotenen Mitteln so in die Schranken zurückgedrängt werden, daß sie dauernd auf die bisher denunzierten Kampfmittel verzichten. Wird dieses Mal wieder die Erweiterung der Befreiung gefordert, dann schwindet beim Volke das Bewußtsein, daß im Kampf um die Republik die geistigen und geistlichen Mittel ausreichen, um der Sache des Volkes zum Siege zu verhelfen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Gesetzentwurf besticht uns nicht in allen Punkten. Er geht nicht weit genug und gibt sich mit allzu vielen Annahmen ab. Der größte Mangel ist, daß der Entwurf keine Rechte, exekutive vor sieht. Aufgabe der Kommissionsberatungen wird es sein, zu prüfen, ob dieser Mangel dadurch genügend ausgeglichen wird, daß man auf den guten Willen der Länder hofft. Die gewerkschaftlichen und politischen Verbände, die sich zum Schutz der Republik in gemeinsamen Ausgebungen getauft haben, können in den Bestimmungen des Gesetzentwurfs keineswegs ausreichende Mittel zu diesem Schutz erläutern und halten eine erhebliche Erweiterung für dringend geboten. Die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf und seine Verabschiedung müssen im schnellsten Tempo vorgenommen werden. Wir beantragen die Überweisung der Vorlage an den gegebenen Ausschuss. Wenn der Reichstag über die Republik und dem Volke den Schutz bestellt, dann — das muß schon heute in aller Ruhe ausgesprochen werden — hat er

seine Existenzberechtigung vollkommen verloren.

(Nehmende Zustimmung bei den Soz.) Sollten die Verhandlungen einen derartigen Ergebnis haben, dann wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß Volkswill und Reichstag mehr im Einklang gebracht werden, als das bisher der Fall ist. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Dramatisch wurde es nur einmal, als Helfferich sich bewirkt hatte. Die ganze Linke rief ihm das Wort „Mörder!“ zu, das für immer an ihm hängen bleiben wird. Die Debatte tat, wenn sie im Einzelnen auch viele Unstimmigkeiten ließ, schon gezeigt, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit in diesem Reichstage kaum zu finden sein wird. So gut die Redner der Demokraten und des Zentrums schienen geneigt, so viel Abstriche an dem Gesetz zu machen, daß zwischen ihnen und uns, die wir schärfere Bestimmungen fordern, nur schwer eine gemeinsame Linie zu finden sein wird. Die Deutschen aber, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei ließen Erklärungen abgeben, die das

Gesetz in hohem Maße gefährden. Dabei ist eines aber sehr bezeichnend: Selbst der deutschnationale Redner konnte der Republik noch all den Worden dieser Jahre nicht die Berechtigung zu einem Schutzgesetz abpreisen. Die deutschnationale Fraktion schied allerdings in Dr. Düringer ein sehr gemäßigtes Mitglied und einen im ganzen Hause geschätzten alten Rechtslehrer vor. Er hat schwerlich mit seiner Rede den Beifall seiner gesamten Fraktion gefunden. Der Konservativenflügel in der Deutschnationalen Partei, Walle und Konkurrenten, war der Sitzung ferngeblieben. Es hat anscheinend in der Fraktion der Deutschnationalen ein kleines Gewitter gegeben, das aber noch nicht zu einer Reinigung geführt hat. Sonst hätte nicht Helfferich bei diesen Verhandlungen anwesend sein dürfen. Eine Rede von taftlichem Gehalt hielt der aus seinem Krankheitsurlaub zurückgekehrte Vorsitzende Stresemann. Er kann in allen Sätzen reiten. Als Politiker von Rang sieht er natürlich, wohin die verbohrten Rechtsdemokraten die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft treiben. Ganze Partien seiner Heide waren in vorräufiger Form einer verdeckten Kritik an der Helfferichschen Sache, und er rang sich sogar zu einer nachträglichen Abschüttelung der mahlenden Propaganda gegen Erzberger durch, die diesen verdienten Mann unter die Wörter hat fallen lassen.

Die Deutsche Volkspartei ist anscheinend sehr besorgt, daß die Unabhängigen in die Regierung eintreten und damit der Volkspartei auf lange hinaus die Regierungstüre schließen könnten. Stresemann ging deshalb in seiner Befürchtung mit der republikanischen Staatsform, in seiner Beurteilung der schwartzgrönen Föhne, in seiner Würdigung des Reichspräsidenten und in seinem Abrüthen von deutschnationalen Ausschreitungen recht weit. Der kritische Zuhörer merkte aber sehr wohl, daß die ganze Rede Würdigungen der Reichspräsidenten und in seinem Abrüthen von deutschnationalen Ausschreitungen recht weit. Der kritische Zuhörer merkte aber sehr wohl, daß die ganze Rede nicht gründlicher, sondern taftlich Charakter trug. Der gewandte Stresemann will verhindern, daß sich eine starke Linkorientierung in Deutschland vollzieht. Er will auch verhindern, daß das Gesetz zum Schutz der Republik zu einer Waffe gegen rechts werde. Sein Vorschlag, es zu einem Gesetz zum Schutz der Verfassung auszubauen, ist nichts anderes als der Versuch, die geleglichen Bestimmungen, vor allem gegen linksradikale Agitation, anzuwenden zu lassen. Großer Eindruck machte es im Hause, als Stresemann die Mörderorganisationen für die Notwendigkeit solcher Gesetze verantwortlich mache und bekannte, daß er bis zur Errichtung Rathaus an das Dasein solcher Mordzentren nicht habe glauben können. Darin liegt eben ein großes Teil Erfahrung auch der Deutschen Volkspartei, daß sie unsern ständigen Warnungen vor den monarchistischen Verschwörern nicht getraut hat, und nun sind große Teile der bürgerlichen Parteien schon wieder allzu vertrauensselig.

Das Gesetz wurde dem Rechtsausschuß überwiesen, der seine Arbeiten sofort beginnen wird. Die beiden sozialistischen Parteien werden auf größere Beschränkungen drängen. Darunter braucht die sachliche Prüfung der Bestimmungen nicht zu fehlen.

Eine Regierungserklärung zu den Zwidaus Borgängen

Sächsischer Landtag

116. Sitzung

Donnerstag, 6. Juli 1922.

Der Gesetzentwurf über die Bildung einer Ausstellungskommission wird ohne Berichtigung im Plenum sofort an den Ausschuss überwiesen, besgleichen der kommunistische Antrag.

Eine Aussprache über

die Zwidaus Borgänge

soll später stattfinden.

Vor Einführung in die Tagessordnung erhält

Minister des Innern Lipinski

das Wort:

In der Presse sind eine Reihe Mitteilungen über die Vorgänge in Zwidaus veröffentlicht worden. Daran sind eine Menge Geschichten gehaufen worden. Da die Regierung ist die Frage gekreuzt worden, was sie getan habe, um diesen Vorgängen entgegenzutreten. Ich habe dazu zu erklären: Am Dienstag abend nach Schluß des Landtages hat die Regierung die ersten Mitteilungen von den Vorgängen in Zwidaus erhalten. Die bisherigen Erörterungen haben ergeben, daß die Demonstration in Zwidaus am Dienstag zufällig und würdig verlaufen ist, daß sich aber nach der Demonstration Aktionen gegen den Vorständen der Deutschen Nationalen Partei in Zwidaus gewendet haben, und daß eine andre Gruppe, unabhängig von der ersten, sich gegen die Polizeiwache gewendet hat, mit der Aufforderung, daß die bei der höchsten Polizei untergeordnete grüne Polizei von der blauen Polizei nicht unterstützt werden dürfe. Nachdem das von der Polizeiwache abgelehnt worden war, wurde die Polizeiwache im Rathaus gestürmt.

Daraus ist Schluß von der Landespolizei ergeben worden. Der Schluß ist gewißlich worden, aber nicht zur Ausführung gekommen, weil die Polizei auf dem Wege zum Rathaus umzingelt, zum Teil entwaffnet und zum Teil zurückgedrängt worden ist. Die Polizei war, doch sich der Kampf gegen die Kaserne der Landespolizei richtete. Am Dienstag abend sind drei verschiedene Angriffe auf die Kaserne der Landespolizei erfolgt. Den eine Angriff hat zum Ende der grünen Polizei geführt. Er ist abgewehrt worden. Dabei ist natürlich von der Waffe Gebrauch gemacht worden. In dieser Situation, als die Landespolizei völlig eingeschlossen und abgeschlossen war und die in der Stadt lauteten, habe ich angeordnet, daß von Dresden, Chemnitz und Zwickau aus eine Verstärkung der Landespolizei erfolgen sollte. Dieser Schluß ist eingetreten. Es sind von Dresden drei Hundertscharen von Glauchau und Chemnitz keine Verstärkungen herangeholzt worden.

Die organisierte Arbeiterschaft hat sich bereits am Dienstag bemüht, die Oberhand über diese vollständig arbeitsvorgenommenen Ereignisse zu bekommen. Es ist empfohlen worden, die Arbeit am Mittwoch aufzunehmen. Das ist aber nicht so groß gewesen, daß die Arbeit wieder verlaufen werden kann und vormittags um 11 Uhr war der Zustand so, daß in den Arbeit untergegangen. Es hat deshalb in dieser Situation die Landespolizei in Zwidaus an die Frage gerichtet, was sie Aktionärschaft der vier Spartenorganisationen, d. h. den organisierten Gewerkschaften und den drei sozialistischen Parteien, anstreben, daß die Regierung alles tun möchte, um weiteres Blutbad zu verhindern. Es ist bestellt falsch, wenn in der Presse behauptet werden soll, daß Linke gerichtete Parteien hier falsch, daß der Mai der Stadt als Geisel vom Aktionärsausschuß festgesetzt worden ist. (Ausrufe und Lachen.) Ich habe dem Aktionärsausschuß folgendes ausgesetzt:

Es stellt die Forderung, daß die von außenher zugezogene Landespolizei zur Rückzogen werden sollte und daß die in Zwidaus stationierte Polizei ihren Dienst fortsetze nicht wieder aufzunehmen soll, waggen die Arbeiterschaft für die Sicher-

heit Sorge tragen will. Ich habe weiter angeordnet, daß zwei Regierungskommissare nach Zwidaus gehen, weil der Regierungskommissar in Zwidaus die Verbindung verloren, von der rebellierenden Menge vertrieben worden und nach Glauchau gegangen war. Der Kommissar Hofmann hat mir gestern vormittag mitgeteilt, es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder auf den Vorschlag des Aktionärsausschusses einzugehen oder eine größere Verstärkung einzurufen, die mit allen Kräften die Autorität des Staates wieder herstellt.

Ich habe mich bereit erklärt, dem Vorschlag des Aktionärsausschusses zu folgen und unter der Bedingung, daß der Aktionärsausschuß die Bürgschaft übernehme, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gewährleistet werde. Der Aktionärsausschuß ist in Tätigkeit getreten. Er hat mit den Unternehmensverbänden, mit dem Stadtrat und der Kreishauptmannschaft verhandelt und von diesen Zwischenkörpern die Sicherstellung erhalten, daß der Ausfall der Wache geleistet werden soll. (Zuruf rechts: Erpressung!) Zuruf links: Weil sie Angst hatten, daß sie sonst Dresche kriegen! Es ist weiter versucht worden, beruhigend auf die Wache einzutreten, und es mit den Kommissaren vereinbart worden, daß, wenn bis abends 8 Uhr der Aktionärsausschuß die Ruhe und Ordnung in Zwidaus nicht hergestellt habe, dann von den Nachmittags des Staates Gebrauch gemacht werden solle, und zwar habe ich angeordnet, daß für diesen Fall die Gendarmerie und die Landespolizei von Glauchau und Chemnitz verstärkt werde. Gegen 9 Uhr ist mir mitgeteilt worden, daß die organisierte Arbeiterschaft eine eigene Polizei gegründet habe und daß durch einen Polizeiwalldienst die Ruhe so weit hergestellt sei, daß die am Nachmittag eintretenden Plünderungen unterdrückt und 50 jugendliche Personen verhaftet worden sind, die Kaserne freigestellt und weitere Menschenansammlungen sich nicht bemerkbar gemacht haben. Die Kommissare seien mit mir, daß

die Lage völlig entspannt

sei. Ich habe demnach angeordnet, daß meine Anweisungen weiter verfolgt werden sollen für den Fall, daß ein Rückschlag eintrete. Ich konnte heute früh 8½ Uhr anordnen, daß der Transport von Chemnitz verstärkt durch Dresdner Landespolizei, der nach Zwidaus abgehen sollte, in Dresden aufgehalten wurde. Die Ruhe und Ordnung ist hergestellt.

Damit ist die Gefahr eines weiteren Blutbades beseitigt. Wer die Schuld an diesen Vorgängen trägt, kann ich augenblicklich nicht feststellen. Ich will bei Untersuchung nicht vorspringen. Ich stimme deshalb dem Vorschlag zu, daß die Aussprache zurückgestellt wird.

Die drei Zwidaus Landtagsabgeordneten Langhorst, Krause und Sautsch sind abgereist, um selbstredig einzutreten. Die Regierung hat ihrerseits getan, was getan werden konnte. Ich bin erfreut, daß es vermieden worden ist, daß neben

den Verlusten: 14 Tote und 60 bis 70 Verletzte der Zivilbevölkerung, 6 Verwundete und 10 Vermisste der Landespolizei weitere Verluste nicht eingetreten sind.

Abg. Stewert (Komm.) zeigt mehrere Gewehrpatronen und ruft: Diese Dumbungsmunition sind den Fabrikanten abgenommen worden!

Präsident Reiffers: Das können Sie ja später vorbringen! Abg. Wöhler (D. P.) sagt in einer persönlichen Erklärung: Ich bin einige Tage voraus gewesen. Gestern, während meiner Abwesenheit, hat der Abg. Langhorst (Komm.) behauptet, ich hätte von hier aus eine telegraphische Anfrage an das Reichswehrregiment Nr. 4 (Reichswehr) gerichtet, in welcher Zeit es in Dresden eintreffen könnte. Ich habe gearbeitet: In fünf Stunden. Ich erkläre, daß die Behauptung des Abg. Langhorst von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Ich hätte ein Interesse daran, so anzuhören, was welche Seite dem Abg. Langhorst jede tatsächliche Behauptung geäußert haben wird.

Hierauf wird in die Tagessordnung eingetreten.

Diese Aussprache wurde der Gelegenheit über die Gebliebenen der Tagessordnungsgesetzte angenommen, besgleichen der Gesetzentwurf über weitere Änderungen im Gesetz.

Verordnung für Ortsgerichtspersonen vom 1. November 1921.

Zu den Gesetzen über den Staatshaushalt auf die Haushaltsjahre 1921 und 1922 wird auf Antrag des Abg. W. Müller (Soz.) noch eine dritte Lesung beschlossen.

Weiter liegen Eingaben von den Verbänden der niederen, mittleren und höheren Staatsbeamten vor. Abg. Dr. Niedammer (D. P.) beantragt als Berichterstatter, die Eingaben der Regierung als Material zu überzeugen, in dem Sinne, daß unter Beibehaltung und voller Wahrung des sogenannten Oberförsterkreises bei Erlass der neuen Dienstverordnung für die mittleren Staatsbeamten den Wünschen der mittleren und niederen Staatsbeamten nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll. In der Verwaltung sei Sparsamkeit zu erstreben.

Abg. Treiber (Soz.): Wenn nicht alle Wünsche der Forstbeamten berücksichtigt werden können, so liegt das in den verschiedenen Anschaulichungen und Auffassungen, die in den Reihen der Forstbeamten Platz gegriffen haben, sowie auch in den Schwierigkeiten, die einer forstlichen Umstellung der bisherigen Verhältnisse entgegenstehen. Trotz allem wurde in den wichtigsten Punkten eine Einigung erzielt. Nicht unterlassen möchte ich, die Forstbeamten hinzuwiesen, daß es in der neuen Staatsform mit einzufliegen und dabei natürlich ihre Kräfte auch weiterhin einzusetzen zum Schutz und zur Erhaltung unserer ländlichen Staatswaldungen. Wir alle wissen, daß bei Ausübung ihres Berufes die Forstbeamten draußen im Walde auch Unliebsamkeiten unterworfen sind, trocken dürfen sie aber nicht verzögern, denn ihm begegnen den Publikum, Vermöndern der angrenzenden Orte der Wälder, gegenüber ein tollboldes und anständiges Benehmen zu üben. Würden die Forstbeamten sich in diesem Sinne betätigen, dann würden auch zu unsern Ohren gesammelten Klagen verschwinden, und diese Beamten würden sich auch im neuen Staatsform zu erfreuen, die ihr Beruf und ihrem Stande entspricht. Gleichzeitig richte ich von dieser Stelle aus die Bitte an die gesamte Bevölkerung, mit dahin wirken zu wollen, daß die Wälder geschützt werden und Schädigungen unterbleiben.

Der Ausschauantrag wird angenommen.

Die Einschränkung des Autoversches

Gemäß dem Ausschauantrag wird beschlossen: Die Maßnahmen des Januars sind zu bestimmen. Ein Verbot ist für den Autoverkehr besonders auf solchen Straßen durchzuführen, die für den Fremdenverkehr nicht in Frage kommen, oder die von Fußgängern zu Ausflugszielen benutzt werden müssen. Ausnahmen für dringende Angelegenheiten, z. B. für Aerzte, sind zu gestatten. Sonstige ist die Fahrgeschwindigkeit auf allen Straßen zu begrenzen. Zum Schlus kommt noch der Gesetzentwurf über Aufnahme einer Anleihe von

500 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbau

am Beratung.

Abg. Dennhardt (D. Soz.): Die Baufestigungsausfälle dürfen das Landeswohnungsamt verteilt werden. Die Herstellung der Baustoffe muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wie heutigen Antragen deshalb, zur Mitwirkung bei der Beauftragung dieser Frage die Einschränkung eines parlamentarischen Ausschusses.

Minister des Innern Lipinski: Die Verteilung der Baufestigungsausfälle geschieht nicht durch das Landeswohnungsamt, sondern durch die Bauämter. Zur Verteilung dieser Baufestigungsausfälle ist kein parlamentarischer Ausschuss notwendig.

Abg. Ritsche (Soz.): Eine Billigung der Baufestigungsausfälle wird bereits durch die bestehenden Baufestigungsvereine erzielt. Eine Erweiterung dieser Organisationen kann erwogen werden. Die Absicht der Regierung, die Bauzulässe zu erhöhen, ist zu begrüßen, weil das Bauen mit jedem Tag teurer wird.

Abg. Werner (Dnat. P.) ist ebenfalls für Bildung eines parlamentarischen Ausschusses, dessen Aufgabe es aber sein müßte, mehr Wohnungen zu schaffen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag den 11. Juli.

Gestaltmord des Mörders Großmann

Der Prozeß gegen den Frauenmörder Großmann hat gestern ein jähes Ende gefunden. Nach Eröffnung der Verhandlung teilte Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann mit, daß Großmann gestern vormittag, etwa eine Stunde vor Beginn des Termins, in einem Leben durch Erhängen in seiner Zelle ein Ende bereitete.

Großmann hat zu seiner Zeit die wenigen Minuten benutzt, als der Wächter seiner Zelle sich zur Ablösung vorübergehend entfernt hatte. Er hat sein Bettzeug zerissen, den abgerissenen Streifen nach gemäß, daraus einen Strick gedreht und sich an der inneren Zelle an einem Nagel, der zur Bemächtigung des Protobüro und des Staubwedges dient, erhängt. Er hat den Selbstmord schlauberweise in die Zeit verlegt, wo der Wächter die wenigen Minuten abwesend war, hatte vorherlich das Guilloch in der Tür mit Zeitungspapier verdeckt und einen Schmett an die Tür gestellt. Als die Tür geöffnet wurde, fand man Großmann an dem Türrahmen erhangt und schwer leblos vor. Es wurde sofort ärztliche Hilfe hergeholt; Geh. Rat Hoffmann und Prof. Dr. Strauch stellten schleunigst Wiederbelebungsversuche an, die jedoch erfolglos waren. — Staatsanwaltstafel Dr. Lehmann beantragte hier auf die Einstellung des Verfahrens. — Vorl. Landgerichtsdirektor Jaap: Der Angeklagte hat sich einem höheren Richter gestellt; die Sache ist somit erledigt. Das Verfahren wird eingestellt, die Kosten fallen der Staatsanwaltschaft zu. Der Vorlesende dankte den Geschworenen für die rege Aufmerksamkeit, die sie in dieser überaus schwierigen Sache befunden haben. — Chaotisch ist die Reaktion, daß Großmann an den Rechtsanwalt Dr. Frey noch vorgerufen einen Aufruf an Stadt und Land verlangt habe mit der Bitte, ihn an den Knüppelgauen zu verhören.

Der Dollar 454,43

	0. 7.</th
--	-----------

Annahme des Schulbedarfsgesetzes

Der Landtag beschloß in seiner Mittwochssitzung zunächst die Mittel zur Unterstützung der Arbeitersportbewegung.

Gedammt stand das Schulbedarfsgesetz in zweiter Lesung zur Beratung, das neben der Verbesserung der Schulbildung auch einen Schritt zur Verstaatlichung bedeutet, da nach dem Gesetz der Staat nicht nur den Lehrer bezahlt, sondern auch seine Anstellung und Entlastung bewirkt. Mit Recht hob Genosse Arzt her vor, daß mit diesem Gesetz Sachsen in der Volkschulfrage an der Spitze des Reiches marschiere und damit zugleich die Bahn für eine neue Schulgesetzgebung freimache, in die nicht nur die Volkschule, sondern auch die höheren Schulen einbezogen werden müssten. Was die bürgerlichen Parteien gegen das Gesetz vorbrachten, war mehr eine kleinliche Möncherei, von der selbst Herr Seyfert nicht ganz frei war. Beachtlich war immerhin, daß niemand den guten Willen der Vorlage anzweifeln wagte, sondern daß man aus diesem oder jenem kleinlichen Grunde, wie z. B. dem, daß der Religionsunterricht nicht stark genug zur Geltung komme, die Vorlage bemängelte. Mit Gruß habe Genosse Arzt her vor, daß die Linke nichts dagegen einzubringen hätte, wenn aus solchen nichtigen Motiven das Gesetz von der Rieden abgeschafft werde. Die Antwort, die das Volk für eine solche Haltung ertheilen würde, könne der Sozialdemokratie nur nützen. Unter Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge wurde das Gesetz denn auch nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Genosse Graf berichtete darauf über das Altersgrenzengesetz, das bekanntlich die Richter mit 65 Jahren pensioniert und das Möglichkeit gibt, junge Richter, die sich auf die neue Staatsform und ihre sozialen Ideen mehr eingestellt haben, in die Riemer zu bringen. Nicht mit Unrecht habe der Sprecher her vor, daß der Mord an Rathenau nicht zuletzt auch auf das schändliche Versagen des Richterstandes zurückzuführen sei, da bisher die nationalistischen Mörder zumeist nicht gefasst, oder, wenn das doch der Fall war, freigesprochen wurden. Wohl suchte der deutsche Volksparteier Bürger die Verabschiedung der Vorlage dadurch hinauszuschieben, doch er auf das Blech verwies, daß demnächst gleichfalls eine Regelung der Frage vornehmen will, und daß er warnte, ein Gesetz zu beschließen, das vielleicht in kurzer Zeit redigiert werden müsste. Die Linke ließ sich davon nicht abhalten und nahm das Gesetz an.

Beachtlich war bei der folgenden wenig allgemeinen Interesse erreichenden Beratung einzelner Kapitel, daß das Kapitel 42 (Gehalt des Ministers Bierkress) von sämtlichen Parteien des Hauses angenommen wurde.

115. Sitzung

Mittwoch, 6. Juli 1922.

Das Haus nimmt zunächst eine Anzahl von Abstimmungen

vor, die in der Sitzung vom 22. Juni ausgelegt wurden. Die Streichung des Kapitels "katholisch-geistliche Gebrüder und Evangelisch-lutherisches Landeskonsistorium" wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Mit der gleichen Mehrheit finden Annahme die kommunalpolitischen Anträge, wonach dem Arbeitersportkarteil die Hälfte der Jugendabwesen eingesetzten Mittel überwiesen und zur Unterstützung der Bundeschule des Arbeiters-Turn- und Sportinstitut um 50.000 M. bewilligt werden. Für das Bildungsamt in Soluzig wurde die eingestellte Summe von 20.000 auf 30.000 M. erhöht. Darauf wurde der Kultusminister gegen die Bürgerlichen bewilligt.

Es folgt die

zweite Beratung des Schulbedarfsgesetzes.

Der Berichterstatter Abg. Arzt (Soz.) vertritt auf den gebrochenen umfangreichen Ausführungsbericht und bemerkt dazu, daß sich ein klares Bild über die finanzielle Auswirkung des Gesetzes noch nicht gewinnen läßt. Die Kosten, die dem Staat durch das Gesetz auferlegt werden, sind jedenfalls sehr groß. Die Linksparteien sind sich der Tropotie des Geistes und ihrer Verantwortung bewußt, sie stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Hauptausgaben des Staates für Kulturaufgabe bestehen müssen. Der Rechtsausschuss empfiehlt unter Berücksichtigung der von ihm vorgeschlagenen Änderungen die Annahme der Vorlage.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Herrmann (D. Wp.) macht darauf aufmerksam, daß nicht weniger als 30 Minderheitsanträge vorliegen. Die Vorlage bringe uns einen Schritt näher zur Verstaatlichung der Staatschule, sie brächte den Gesetzgeber weniger, nahme aber den Gemeinden außerordentlich viel. Bei Ablehnung der Minderheitsanträge seiner Fraktion

24 Marie Wegrainer

Der Lebenstrom eines Arbeiterfrau

(Von ihr selbst geschrieben)

In Gattenhofen sei er gesehen worden, und dort habe sich ihm auch einer vertrieben. Doch als er zum zweitenmal in die Scheune kam, lebhaftig als ein kleines Kind, und ein grünes Jagdmagazin hatte er angehabt, und ein kleiner Hut auf, und zu dem Bauern sagte: Wenn du dir deinen Hut rückt und mit deinem Blut deinen Namen hier in mein Buch schreibst, so will ich dir helfen. Du brauchst nichts mehr zu arbeiten, dein Leben lang. Da hatte der Bauer den Dreschstiel geschrägungen, und geschrägt: Wart, ich will mich dir verschreiben. Mach, daß du aus meiner Scheune kommst, ich will nichts wissen von dir! Da ist der Teufel fort, der Weg auf Abelshofen zu gegangen. Dort waren zwei Brüder, beide lebig, Philipp und Andries genannt. Sie hatten ein kleines Güldchen, welches knapp eintrug, was sie für sich brauchten. Diese beiden haben sich ihm nun vertrieben, und man hatte damals gesehen, wie der Philipp auf dem leeren Getreideboden einfach zu liegen anfing, und einen haufen Getreide zusammenkehrte. Damit ging er dann jedesmal in die Brauerei, zum Wirt, der ein reicher Mann war und viel mit Getreide handelte, und sagte zu ihm: Ich hab wieder ein schönes Häuschen bekommen, soll ich dir's bringen? Und so kam und tat er alle paar Tage. Dann erzählte der Bauer noch seine Frau habe im Garten unter der Hecke, ein kleines, rohenschwarzes Huhn, daß es teines von den ihrigen war, nahm sie es doch und trug es in die Stube und setzte es unter den Ofen. Als sie nach einer Weile nach ihm sah, lag ein Häuschen Getreide unter dem Ofen, und sie sah, wie das Huhn immer mehr von sich gab. Da schüttete sie ein Grauen, sie fürchtete, das Huhn möchte sich jeden Augenblick in den Bösen verwandeln, und sie nahm es schleunig und trug es wieder an den Platz, wo sie es gefunden hatte.

"Das ist allerdings gruselig," meinte Marie, "zumal jetzt in der Mittwochssitzung. Es muß gleich zwölf Uhr schlagen. Ich fürchte mich. Wenn ich nur nicht davon träume. Wir wollen in unser Bett gehen."

würden seine Freunde das ganze Gesetz ablehnen. Kultusminister Flechner: Der Ministerpräsident habe vom Staatsabsolutismus gesprochen. Wenn damit das ganze Gesetz in Wirklichkeit gebracht werden soll, müsse er dagegen ganz entschieden Verwahrung einlegen. Es handele sich um ein Gesetz, das dem modernen Ausbau der Schule in Zukunft dienen soll.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.): Wenn der Entwurf Gesetz geworden wäre, würden bedeutsam entwickelte Schulformen aufgewertet und geschädigt worden seien. Allein in Dresden wären 88 Lehrer brotlos geworden. Deshalb habe man auch den Kündigungstermin abgeändert durch Herabsetzung der Pflichtstundenzahl und der Schülerzahl und der Erhöhung der Kündigungsumfrist, die Zahl der Unterrichtsstunden zu erhöhen. Die Zahlen des Finanzministeriums sind vollständig unbrauchbar. Trotz den vorgenommenen Verbesserungen wird in einigen Jahren ein starker Lehrerüberschuß eintreten. Der Redner vertritt dennoch die Meinung, daß man aus diesen nichtigen Motiven das Gesetz von der Rieden abgeschafft werde. Die Antwort, die das Volk für eine solche Haltung ertheilen würde, könne der Sozialdemokratie nur nützen. Unter Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge wurde das Gesetz denn auch nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Genosse Graf berichtete darauf über das Altersgrenzengesetz, das bekanntlich die Richter mit 65 Jahren pensioniert und die Möglichkeit gibt, junge Richter, die sich auf die neue Staatsform und ihre sozialen Ideen mehr eingestellt haben, in die Riemer zu bringen. Nicht mit Unrecht habe Genosse Arzt her vor, daß die Linke nichts dagegen einzubringen hätte, wenn aus solchen nichtigen Motiven das Gesetz von der Rieden abgeschafft werde. Die Antwort, die das Volk für eine solche Haltung ertheilen würde, könne der Sozialdemokratie nur nützen. Unter Ablehnung sämtlicher Minderheitsanträge wurde das Gesetz denn auch nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Abg. Trellmann (Dnat. Wp.) spricht sich aus finanziellen Gründen gegen die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl auf 28 aus und erachtet die Regelung um Ausstieg, wodurch am Religionsunterricht seminar ausgebildete Lehrer den Religionsunterricht nicht erteilen dürfen. Seine Fraktion werde, falls deren Minderheitsanträge zum Abschluß der Vorlesung abgelehnt werden sollten, gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Mölling (D. Wp.) begründet die von seiner Fraktion gestellten Minderheitsanträge. Das Wort "Förderungsschule" soll durch "Berufsschule" ersetzt werden. Die Spanne in der Stundenzahl der Förderungsschule und der Volkschullehrer müsse auch in Zukunft beibehalten bleiben.

Abg. Nölting (D. Wp.) begründet die von seiner Fraktion gestellten Minderheitsanträge. Das Wort "Förderungsschule" soll durch "Berufsschule" ersetzt werden. Die Spanne in der Stundenzahl der Förderungsschule und der Volkschullehrer müsse auch in Zukunft beibehalten bleiben.

Abg. Wedel (L. Soz.) sagt, die Ausführlichkeit, mit der das Gesetz im Plenum behandelt werde, bedeute nach der gründlichen Ausschusserörterung eine Zeitvergeudung. Das Gesetz sei der Anfang der Staatschule. Es helfe vor allem den notleidenden Gemeinden. Von Staatsabsolutismus könne keine Rede sein. Die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl auf 28 erfolge im Interesse der Weiterbildung der Lehrer. Seine Fraktion stehe auf dem Boden der Ausschusshandlung.

Abg. Scheller (Komm.) meint, daß das Gesetz dem Unterrichtsministerium eine Handhabe gäbe, dem Schulfortschritt zu dienen, und erklärt, daß seine Freunde für die Wehrheilsanträge im Ausschuss eintreten mit Ausnahme desjenigen, daß die Verziehung der Lehrer gegen ihren Willen der Entscheidung durch die Disziplinarkommission unterworfen werden soll.

Abg. Seyfert (Centr.): Die Ausschusserörterungen hätten den Gesetzesentwurf in angenehmer Weise verändert. Er sei durchaus für Herabsetzung der Pflichtstundenzahl von 30 auf 28. Nicht einverstanden sei er mit der Erklärung des Kultusministers, daß die Frage des Religionsunterrichts auf dem Wege der Verordnung gelöst werden solle. Der Einfluß der Eltern auf die Schule hinsichtlich der Religionsausbildungfrage müsse gewahrt werden. Aus diesem Grunde könne er dem Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen.

Kultusminister Flechner bemerkt, daß die Regierung für den Religionsunterricht gejagt habe. Der § 19 sei aber im Ausschuss gestrichen worden (Zuruf rechts: Aber nicht von uns!), der Regierung treffe also kein Vorwurf.

Abg. Röde (Dnat. Wp.) begründet einen Minderheitsantrag, den Hilfsschülern in der Regel nicht mehr als 15 Schüler zugewiesen. In seinem Schlusssatz sagt der Berichterstatter Abg. Arzt (Soz.), er hätte im Interesse einer schnelleren parlamentarischen Arbeit neuerdings, daß mindestens die Hälfte des heutigen Reden nicht gehalten werden wäre. Der Ministerpräsident hat keinen einzigen einzigen Gesichtspunkt vorgebracht, und auch das, was der Abg. Dr. Seyfert ausgesetzt hat, war nichts anderes als eine Herumrätselkiste an der Vorlage. Der Nachweis, daß im neuen Gesetz irgendwelche bedeutsamen Paragraphen vorhanden sind, ist nicht erbracht worden. Die Linksparteien haben bei Behandlung der Vorlage das kulturelle Bedürfnis in den Vordergrund gestellt. Waren dahingehende Anträge eingebracht worden, würden wir darauf eingegangen sein, aber es sind solche nicht gestellt worden. Der ganze Entwurf bedeutet, wie er nunmehr vorliegt, eine Hebung des ganzen Schulwesens und besonders auf dem Lande. Für uns vorzüglich ist die Einheitlichkeit des gesamten Lehrerstandes. Wenn ich mir daraus für einzelne Herren entziehe, so müssen wir das mit in Kauf nehmen. Wenn die beiden Rechtsparteien die Vorlage ablehnen wollen, weil ihre Wünsche nicht berücksichtigt worden sind, so zeigen sie damit nur, wie weit bei ihnen das Interesse an einer Verfestigung des Entwurfs steht. Sie (links rechts) wollen die Schulpolitik eben fortsetzen, die Sie von jeher betrieben haben (Sehr richtig links). Wird der Entwurf in der Fassung der Ausschusshandlung gegeben, wird die Linke freigemacht für eine neue Schulgesetzgebung, bei der vor allem die höheren Schulen ins Auge zu fassen sein werden. Der Berichterstatter bittet um Annahme der Vorlage mit den Abänderungen.

Sämtliche Minderheitsanträge der Bürgerlichen werden abgelehnt und daraus die ganze Vorlage mit den Stimmen der Linken und der Demokraten angenommen.

Nichtig hatte Marie in dieser Nacht einen schweren Traum. Sie sah sich auf einer Galerie, und unter ihr den Ballaal, wo viele Paare zum Tanze aufgestellt waren. An der Spitze, der Herr des ersten Paars, war der Teufel, im roten Mantel und mit Hörnern. Er schaute nach oben, erblickte Marie, und sofort seine Tänzerin im Stich lassend, kam er über die Treppe herausgekriegt, auf Marie zu. Nun begann eine wilde Jagd. Marie sprang von einer Ecke in die andre und gewann endlich den Ausgang auf die Straße — der Teufel jedoch war immer hinter ihr her. Da sprang sie ein paar Stufen hinauf, zu einer Haustür, fand diese aber verschlossen, fiel abgeholt auf der Straße zusammen, und fühlte noch, wie der Teufel sie umsauste und fest an sich drückte. — Dann erwachte sie und war froh, daß sie in ihrem Bett lag und alles nur ein Traum gewesen war.

Es war kein Wunder, wenn die geschäftigen Schöpfer Leonhards Mutter hinterbrachten, ihr Sohn befäme eine kranke Frau. Marie sah blaß und zart aus, als sie ihr Bräutigam am Bahnhof abholte. Doch sie war körperlich völlig gesund; es waren nur die Kämpfe, mit der Schöpfermutter, sowie all die ernsten Gedanken, die sie sich selbst machte, und zusätzlich noch der schwere Traum gewesen, was alles zusammen wickte.

"Ja, Liebe! Du bist doch wohl! Hast ja so blaß — aber doch schön," sagte Leonhard zu Marie, als er ausgetragen war, beladen mit einem großen Handkoffer, welcher seinen Brautanzug enthielt, einer Kutschahrt, mit dem üblichen Brautzhänger und einem großen in bunten Farben gehaltenen Brautbüschel. Jetzt musterte Marie doch herzlich lachend, als sie auf das Bett deutete und fragte: "Soll das jetzt mich sein?"

"Ja, für wen denn, Schatz? Es ist doch das, welches du bei unserer Trauung tragen sollst."

"Aber Leonhard, wer hat dir denn das aufgehängt. Das sollte doch bloß weiß und grün sein. Es wird auffallen, wenn ich das nehme."

"Das hätte aber doch der Gärtner, bei dem ich es bestellt habe, wissen müssen," meinte Leonhard verlegen, "er fragte mich zwar, ob es weiß und grün gehalten werden sollte, aber

es folgt die zweite Beratung über das Altersgrenzengesetz für Richter.

Abg. Bünker (D. Wp.) beantragt die Auslegung der Beratung bis zum Ende des in Vorbereitung befindlichen Reichsgesetzes.

Dieser Antrag wird jedoch gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt.

Die Ausschussherrlichkeit (Berichterstatter Abg. Dr. Graf [Soz.]) beantragt die Annahme der Vorlage mit einigen geringfügigen Abänderungen. Das Gesetz tritt für die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit seiner Verkündung für die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts am 1. April 1923 in Kraft.

Der Berichterstatter betont, daß seine Partei das Gesetz begrüßt und weist auf den Besluß der Nationalversammlung hin, wonach eine Aufhebung der Rechtsfrüße an die moderne Zeit nur durch eine jüngere Generation erfolgen kann.

Abg. Dr. Wagner (Dnat. Wp.) vertritt einen Minderheitsantrag der beiden Rechtsparteien, wonach die Altersgrenze von 60 auf 68 Jahre heraufgesetzt und das Interesse des Oberlandesgerichts mit seiner Verkündung für die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts auf den 1. Januar 1924, im übrigen auf den 1. Januar 1928 festgesetzt werden soll.

Abg. Dr. Dehne (D. Wp.) stimmt dem Gesetz trotz seinem politischen Einschlag zu, weil in der Gegenwart eine Verstärkung des republikanischen Gedankens bei den Altkläfern und Beamten im Interesse des Staates notwendig ist.

Die Minderheitsanträge werden gegen die Stimmen der Deutungskräfte und der Deutschen Volkspartei abgelehnt und die einzelnen Artikel dagegen die äußere Rechte angenommen.

Die Gesamtabstimmung kann erst bei der dritten Lesung stattfinden, die auf Antrag des Abg. Bünker (D. Wp.) erfolgen muss.

Es werden dann noch einige kleinere Vorlagen erledigt.

Für die Errichtung des Hygiene-Museums in Dresden wird 1 Million bewilligt, daneben ein laufender Unterhaltsaufwand von 450.000 M. jährlich.

Die Eingaben des Radiumabandes Oberschlesia und des Verbandes von Ortskrankenkassen im Freistaat Sachsen um Bewilligung von Staatsmitteln zur Errichtung der Badenlager werden der Regierung zur Erwidung überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 6. Juli, 9½ Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Ministerpräsident Buck und die Studenten

(Ein Beispiel aus der Zeitpresse)

Einige Blätter, denen an der Begehrung des Volkes gelegen ist, behaupten in einem Bericht über seine Rede, die der Ministerpräsident vor Lehrlingen Studenten gehalten hat, Ministerpräsident Buck habe folgendes gesagt: "Wegen des Friedensvertrages und der uns auferlegten Lasten wäre er nicht instande, den Akademikern in ihrer Not zu helfen. Sie könnten sich als Wohlwille schaffen bei der Straßenbahn noch 130 M. am Tag verdienen, das hindere die Not der Akademiker.

Da der Ministerpräsident verfeindet war und wir deshalb jetzt Gelegenheit hatten, ihn danach zu fragen, wie die Blätter zu dieser Behauptung gekommen sind, können wir auch jetzt erst mitteilen, daß selbstverständlich, wie uns vorher herein klar war, an der Meldung kein wahres Wort ist, daß vielleicht das Gegenteil richtig ist. Wie uns der Ministerpräsident auf Befragung erklärt, hat er ungestüm folgendes gesagt:

Die Lage mancher Studenten ist vielerorts so grog, daß gelegentlich der eine und andre Ausbildungsbereich verrichtet muß. Wir wissen, daß Studenten in einer sächsischen Stadt als Ausbildungsbereiche bei der Straßenbahn Sonntagsdienst für 180 Mark tun, um das Studium überhaupt zu ermöglichen.

Wer den Ministerpräsidenten als Redner kennt, weiß, daß er deutlich und laut genug spricht, so daß niemand ihn missverstehen könnte. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Blätter absichtlich die Worte des Redners verbreitet haben, um die Studenten gegen den obersten Vertreter des Staates und gegen die Regierung anzuregen zu können. Passiert dann wieder etwas, will's niemand gewesen sein. Und wenn gegen diese Art Pressemittheilung die Regierung energisch einschreitet, schreit man Zeter und Mord!

Vorstandesbeschlüsse des Sächsischen Gemeindetages

Aus den umfangreichen Beratungen in der letzten Sitzung des Vorstandes des Sächsischen Gemeindetages sei folgendes hervorgehoben:

Die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig haben an die Gemeinden eine Verfügung erlassen, wonach die Verwaltung der Lizenzen spätestens am 1. Oktober auf das Reich übergehen soll. Dieser Besluß ist gefasst worden trotz der wieder-

gelegentlich der eine und andre Ausbildungsbereich verrichtet muß. Wir wissen, daß Studenten in einer sächsischen Stadt als Ausbildungsbereiche bei der Straßenbahn Sonntagsdienst für 180 Mark tun, um das Studium überhaupt zu ermöglichen.

Die Landesfinanzämter Dresden und Leipzig haben an die Gemeinden eine Verfügung erlassen, wonach die Verwaltung der Lizenzen spätestens am 1. Oktober auf das Reich übergehen soll. Dieser Besluß ist gefasst worden trotz der wieder-

gelegentlich der eine und andre

holten Eingaben des Sächsischen Gemeindeverbandes und des Deutschen Städtebundes. Der Vorstand ist sich darin einig, daß alle wirtschaftlichen Mittel angewendet werden müssen, um den Gemeinden die Verwaltung der Umsatz- und Grundsteuer zu erhalten und, soweit sie ihnen genommen ist, ihnen mindestens die Vereinnahmung zurückzugeben, da die Reichsbehörden bei dem Rückstand in der Verantragung und Erhebung der persönlichen Reichssteuern gar nicht in der Lage sind, weiter derart umfangreiche Steuergeschäfte zu übernehmen. Der Deutsche Städtebund soll ersucht werden, mit allen Mitteln beim Reichsrat und beim Reichstag in diesem Sinne zu wirken. Die anwesenden Herren sind ersucht worden, die ihnen nahestehenden politischen Parteien unmittelbar im gleichen Sinne zu beeinflussen.

Die Gemeinden haben nach dem sächsischen Stempelsteuergesetz für die Aufnahme von Anleihen eine Stempelsteuer in Höhe von 4 % des Kapitals zu bezahlen, die neben dem auf Ausgabe von Staatschuldverschreibungen liegenden Reichsstempel erhoben wird. Darin liegt eine bedeutende Härte, weil hierbei nicht unterschieden wird, ob die Darlehen aufgenommen werden zur Erfüllung der von den Gemeinden freiwillig übernommenen Aufgaben oder zur Erfüllung von Pflichtaufgaben wie Fürsorge-, Wohlfahrtsseinrichtungen, Herstellung von Wohnungen, Dedung des Aufwandes für Sozialentzugzüsse, Erwerbslofenunterstützung usw., insbesondere solcher Aufgaben, die sie im Auftrage des Reiches oder des Staates zu erfüllen haben. Der Reichsausführung des Landtages hat bereits einem Ersuchen des Gemeindeverbandes um Aufhebung der Verwaltungsbefreiung für die auffälligste Genehmigung gemeindlicher Anleihen entgegengestellt und dem Landtag Stellung der Bifurk des Tarifes zum Verwaltungsfördergesetz vorgelegt. Da auch die Erhebung einer Stempelsteuer für die Aufnahme von Anleihen zur Erfüllung der den Gemeinden übertragenen Aufgaben eine grohe Härte bedeutet, wird die Regierung um Aufhebung des Landestempels für diese Zwecke ersucht werden.

Der Vorstand beschäftigte sich mit dem der Geschäftsstelle vom Finanzministerium zur Aussprache übergebenen Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Grundsteuergesetz. Er forderte insbesondere Erhöhung der Wertermittlung, nach der die Gewerbebehörde selbstständig Riederschätzung, Stundung, Frist von Steuerbeträgen und Strafen verfügen kann. Mit dem Finanzministerium soll baldigst ins Einvernehmen getreten werden wegen Feststellung der an die Gemeinden zu zahlenden Verwaltungsgebühr. Die Mitgliedsgemeinden sind um Vorschläge hierzu ersucht worden.

Ein deutschnationaler Blatt für die Mordpartei

Im Freiberger Anzeiger, einem der arbeiterfeindlichsten Blätter der Rechtsradikalen, veröffentlicht der Parteisekretär der Deutschen Nationalen, Helmut Lehmann, Poststraße 1 a, „Oberleutnant d. R. o. D.“, wie er sich stolz nennt, Mitglied des Aldeutischen Verbundes, des Bundes der Aufrüchten und des deutsch-völkischen Schutz- und Trubebundes, einen Bericht über den Waffenfund bei dem Mordbesserer Küchenmeister. Er leitet ihn ein mit der auffallenden Bemerkung: „Auf Erichsen des Herrn Oberstaatsanwalts Ahmuss gebe ich der Redaktion, ohne einem amtlichen Bericht vorzutragen zu wollen, einen kurzen Bericht über untenstehende Vorfälle am Sonnabend...“ Der Bericht selber ist ein plumper Rechtfertigungsversuch für Lehmann und auch für Küchenmeister.

Da wir uns nicht denken konnten, daß der uns als guter Republikaner bekannte Oberstaatsanwalt Dr. Ahmuss einem Deutschen Nationalen einen solchen Auftrag gegeben haben sollte, gingen wir der Sache nach und erfuhren, daß der Freiberger Anzeiger sich hier in einen verwirrlichen Streich erlaubt hatte. Wie wir zuverlässig erfahren, hat selbstverständlich Oberstaatsanwalt Dr. Ahmuss dem Lehmann einen solchen oder ähnlichen Auftrag nicht erteilt. Herr Dr. Ahmuss hat vielmehr dem Freiberger Anwälter sofort nach Erscheinen dieses Weisungsbriefes das Unwahre dieser Behauptung vorgehalten und eine Berichtigung verlangt. Dr. Ahmuss hatte Lehmann lediglich bei der nächtlichen Haustürklingel erklungen, er möge dafür sorgen, daß diese nicht heiterisch ausgetragen werde.

Schlimmer aber noch als das ist die Tatsache, daß das reaktionäre Blatt den Bericht Lehmanns nicht einmal wörtlich abdruckt, sondern folgenden Absatz Lehmanns, der die wirtschaftliche Absicht des Oberstaatsanwalts wiedergibt, einfach unterschlug:

„Im Interesse einer leidenschaftslosen Behandlung der Angelegenheit liegt es — und darum hat der Oberstaatsanwalt gebeten —, die zur Klärung der Angelegenheit unabdinglich notwendige Vernehmung und nächtliche Hausaudienz nicht parteipolitisch als einen nachlichen Überfall usw. auszurufen.“

Wie aus einem Bericht des Herrn Lehmann hervorgeht und wie er auf Fragen erklärt hat, hat er auch den einleitenden Satz, daß er auf Erichsen des Herrn Oberstaatsanwalts den Bericht gebe, nicht geschrieben; der ist vielmehr vom Freiberger Anzeiger aus eigenem Interesse, noch dazu in direkter Rede, hinzugefügt worden, um dem Steinwuschungsversuch der Deutschen Nationalen ein amtliches Mantelchen umzuhängen! Das sind reaktionäre und journalistische Gefangenheiten des reaktionären Freiberger Blattes, die es zur Genüge kennzeichnen.

Neue Registerungsvorlagen

Die Regierung läßt dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes über Aufnahme einer Anleihe zur Förderung des Wohnungsbauens zugehen. Danach soll die Regierung ermächtigt werden, zur Förderung des Wohnungsbauens eine Anleihe bis zur Höhe von 500 Millionen Mark aufzunehmen. Zur Bezinzung und Tilgung der Anleihe sind die Brüder der Wohnungsbauabgabe nach dem Reichsgesetz vom 26. Juni 1921 und 6. März 1922 und nach dem sächsischen Gesetz vom 2. Juni 1922 zu verwenden. Ferner legte die Regierung den Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Wenderung der Kostenordnung für Rechtsanwälte und Notare vor. Darin werden die Höhe der Kostenordnung erheblich erhöht. Schließlich hat die Regierung dem Landtage noch den Personen- und Befolgsplan der Landesbrandversicherungsanstalt für die Jahre 1921 und 1922 vorgelegt.

Abstandsbeschränkungen. Die unter dieser Überschrift fürzüglich veröffentlichte Mitteilung bezieht sich nur auf diejenigen Geistlichen, die im Staatsdienst angestellt waren. Die Abgeholter und Hinterabgeholterbezüge der übrigen pensionierten Geistlichen beschränken sich auf Zeit auf die Beträge, die sich unter Zugrundelegung des Bevölkerungsstandes vom 30. Juni 1921 ergeben.

Der Sächsische Verkehrs-Verband hat auf seiner letzten Versammlung beschlossen, allen Städten zu raten, von einer besonderen Besteuerung der Ausländer abzusehen. Dresden und Chemnitz haben in diesem Sinne ihre Sozialversteuerung bereits verabschiedet.

Ein Nord bei Burghäuser. Am Sonntag früh wurde auf einem Bahnhof bei Burghäuser die 20jährige Handelsbuchhändlerin Ida Flora Lehmann ermordet aufgefunden. Der ermordete war der Sohn durchschnitten, aufgedreht worden ist an der rechten Hinterkopfseite und der linken Stirnseite mittels eines Instruments fliegende Wunden beigebracht worden. Unter dem Verdacht, den Tod begangen zu haben, wurde noch am Sonnagnachmittag der 25jährige Straftwegenfahrt Fritz Kling verhaftet.

Stadt-Chronik

Bremser der Einheit

Der Reichsausschuß der Unabhängigen Sozialdemokratie hat bekanntlich am Sonntag mit großer Mehrheit beschlossen, die Vereinigung jeder Koalition aufzugeben und in die Regierung einzutreten. Dieser Beschluß ist von allen Sozialdemokraten beider Richtungen, die die Einheitsfront der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als das einzige sichere Volkswerk gegen reaktionäre Anschläge erachten, als ein wichtiger und entschlossener Schritt auf dem Wege zur Einheit freudig begrüßt worden.

Die Dresdner Unabhängigen aber glauben es nicht leisten zu können, diesen Schritt zu bremsen. Der Kreisverein der U.S.P. Groß-Dresden nahm am Dienstag in einer Funktionärerversammlung Stellung zu diesem Beschluß des Reichsrates seiner Partei. Nach einem Bericht Sanders sprachen in der Diskussion Wedel, Rösch, Edel, Hängelstorff, Sprotte, Müller und Ebert gegen den Eintritt in die Koalitionsregierung. Als einziger Sprecher für den Beschluß trat Minister Flechner auf. Er billigte die Haltung der Mehrheit der Reichskonferenz unter Berücksichtigung der von Diggemann aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen. Die Dresdner Bremser liegen sich aber nicht belehren. Die von etwa 150 Funktionären beherrschte Versammlung nahm gegen 18 Stimmen folgende Entscheidung an:

„Die heutige Funktionärskonferenz billigt die ablehnende Haltung des Dresdner Delegierten auf der Reichskonferenz in der Frage der Koalitionsregierung. Das wichtigste Erfordernis zum Schutz der Republik ist die Aktionstruktur der Masse, die durch einen Eintritt in eine Koalitionsregierung nicht gestört, sondern geschützt wird. Die Funktionärerversammlung erachtet die Mission der U.S.P. die Arbeiterbewegung auf den Boden des konsequenten Klassenkampfes zurückzuführen, keineswegs für erledigt und verpflichtet sich, im Sinne der Erfordernisse dieses Klassenkampfes mit allen Mitteln zu wirken. Bei der Abwehr arbeiterfeindlicher und republikander Bestrebungen wird die U.S.P. nach wie vor in geschlossener Front mit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen.“

Phrasen, nichts als Phrasen, die keine in der Klaren denken U.S.P.-Arbeiter, der das dringende Gebot der Stunde erkennt, darüber hinwegtäuschen werden, daß die Dresdner Führer der U.S.P. mit dieser Entscheidung sich zu Bremsern der Einheit machen, die zwar die blutnotwendige Bildung einer festen, geschlossenen Einheitsfront nicht verhindern können, ihrem Zustandekommen aber Schwierigkeiten bereiten, die sich an den Arbeitern rütteln werden, bis der notwendige Gang der Dinge über die Bremser hinwegrollt.

Das Gesamtergebnis der Elternratswahl

Das Dresdner Schulamt gibt das amtlich festgestellte Gesamtergebnis der Dresdner Elternratswahlen bekannt:

Für die Elternratswahlen, die auf Grund von § 11 des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 23. Juli 1919 an den Volksschulen vorgenommen werden können, kommen in Dresden in Betracht:

- 78 Volksschulen
- 6 Hilfsschulen
- 7 katholische Volksschulen und
- 1 katholische Hilfsschule.

An der 46. Volksschule (Georgplatz 5), 47. Volksschule (Ammonstraße 17/19), 62. Volksschule (Loschwitz), 69. Volksschule (Soritz), 78. Volksschule (Ehrlichsches Gehöft) sind Elternräte nicht gewählt worden. Bei der 59. Volksschule (Weißer Hirsch) und 61. Volksschule (Rochwitz) lag nur je ein Wahlvorschlag vor, und zwar mit fünf Vertretern einer neutralen und sieben Vertretern der weltlichen Liste. An den übrigen 71 Volksschulen mit 59 263 Kindern und 81 196 Wahlberechtigten wurden insgesamt:

- 506 Elternratsmitglieder der weltlichen Liste
- 449 Elternratsmitglieder der christlichen Liste

gewählt.

In den Hilfsschulen Dresden-Pieschen, Löbtau, Striesen bestehen keine Elternräte. An den Hilfsschulen Dresden-Mitte, Neustadt und Cotta hat nur je ein Wahlvorschlag vorgelegen und mit zusammen acht Vertretern der weltlichen Liste und fünf Vertretern einer neutralen Liste.

In den katholischen Volksschulen (einschließlich Hilfsschule) sind 68 Elternratsmitglieder der christlichen und 1 Elternratsmitglied der weltlichen Liste als gewählt zu betrachten bzw. gewählt worden. Eine Wahl hat nur bei der 4. katholischen Volksschule stattgefunden.

Insgesamt wurden gewählt

- 515 Elternratsmitglieder der weltlichen Liste
- 517 Elternratsmitglieder der christlichen Liste
- 10 Elternratsmitglieder der neutralen Liste

zusammen 1042 Elternratsmitglieder.

Die Wahlbeteiligung betrug 51,04 vom Hundert.

Nach diesem amtlichen Ergebnis sind also drei Vertreter der weltlichen Schule und drei Vertreter der christlichen Schule nicht gewählt worden, als uns bei unserer Betrachtung der Wahl am Dienstag bekannt waren. Die in dieser Betrachtung angestellten Vergleiche und die daraus gezogenen Folgerungen werden durch das amtliche Ergebnis nicht verändert. Aber auch heute noch feiern die Dresden Nachrichten dieses Ergebnis als einen „christlichen Sieg“. Lassen wir ihnen das Vergnügen. Wie fragwürdig dieser Sieg ist, haben wir ja schon voraugerechnet. Und das voraugerechnete gilt auch jetzt noch.

Es hat geholfen

Nach der Demonstration am Dienstag forderten, wie wir gestern berichteten, einige Teilnehmer der Kundgebung vom Büchsenmacher Gründig in der Schloßstraße die Entfernung oder Wiederherstellung des Firmenbildes, auf dem er sich noch als „Büchsenmacher Gr. Maj. des Königs Friedrich August von Sachsen“ bezeichnete. Der Inhaber gab das Versprechen, das Schild am nächsten Tage abändern zu lassen. Das ist geschehen. Eine Leiter und ein Windeleiffel soll schwärzer Farbe genügt, um endlich zu tun, was schon längst zu tun gewesen wäre. Der Text und das Hoflieferantentwoppen sind schwarz überstrichen worden. Und nun liegt man auf dem Schild nur noch den Namen des Inhabers und das Wort: Büchsenmacher. — Da der Inhaber jetzt rasch tun mußte, was er längst hätte tun können, blieb nur ein „büchsenmacher“ übrig. Mit einem kleinen b. Die Majestät der Sache, die für ihn eine Tragikomödie sein mag, hat er sich selbst zuschreiben.

Vielleicht mahnt aber dieser Vorgang auch die vielen andern noch vorhandenen „Hoflieferanten“, nun schmunzlig einen Mann mit einer Leiter und einem Windeleiffel Farbe fannen zu lassen.

Gewiß sind solche Dinge Kleinigkeiten. Aber Kleinigkeiten können Symbole sein. Und dann hören sie eben auf Kleinigkeiten zu sein.

„Studentenstreiche“

Unter Studentenstreichen verstand man ehemals mehr oder weniger ulige Scherze übermäßiger Studenten. Seit langen aber haben die „Studentenstreiche“ einen immer schärfster werdenenden reaktionären Geigeschmaß bekommen. Monarchisten, Antisemiten und Nationalisten, Antirepublikaner und Deutschsozialer unter den Studenten lassen seit langem die Aufmerksamkeit auf ihre „Streiche“, die von den Kultusbehörden mit einer Nachsicht und Samengut geduldet wurden, die unbegreiflich blieb und die geradezu zu neuen Streichen ermunterte.

Das gilt auch für die Dresdner Technische Hochschule. Studierende dieser Anstalt rissen wiederholt die schwarze Fahne vom Dach herunter — nichts geschah. Wer wundert sich, wenn das Leben weitergeht?

Nächsten Freitag wird Justizminister Beigner in der Technischen Hochschule einen Vortrag halten. Wie wir erfahren, waren schon „Schwierigkeiten“ zu überwinden, ehe der Vortrag angesetzt und das Plakat, das ihn ankündigte, am schwarzen Brett der Hochschule angebrachten werden konnte.

Dieses Plakat ist heruntergerissen und verübt ist worden. Natürlich von unbekannter Hand.

Und nun? Was wird nun geschehen? Wird man diesmal mit mehr Energie nach den Tätern forschen als das nach dem Bahnenstreik geschah? Oder wird das Kultusministerium auch diesen „Studentenstreich“ wie alle früheren mit Samengut bestrafen?

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Heute nachmittag, Punkt 4 Uhr, wichtige Sitzung.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die in Nordhola untergebrachten Dresdner Kinder feiern Montag, abends 10.55 Uhr zurück. Der Zug, der über 500 Kinder aus dem Kinderheim in Wiel auf Rücken zurückbringt, trifft am Sonnabend, mormittags 9.45 Uhr, in Dresden ein. Die Transporte werden bis zum Hauptbahnhof geführt. Die Eltern werden ersucht, für Abholung daselbst Sorge zu tragen.

Arbeiter- und Sonnabendfahrläserien. Vom 1. Juli an sind bei der Deutschen Reichsbahn die Bestimmungen über Arbeitsfahrläserien und Sonnabendfahrläserien geändert. Arbeitsfahrläserien werden ausgegeben a) an Verkehrsleute zur Reise zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort des Chegatten, b) an Verkehrsleute und Geschädigte zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Ort, wo sie mit ihren unterheiraten Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen, c) an Verkehrsleute zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort der Eltern. Elternlose unter 21 Jahren erhalten die Karten nach dem Wohnort des Erziehers. Die Entfernungsgrenze wird auf 150 Kilometer erweitert. Inhaber von Sonnabendfahrläserien haben bei der Weiterfahrt über die Station hinaus bei rechtzeitiger Melbung einen Zusatz von 3 M. zu dem tarifmäßigen Preis, jedoch nicht mehr als das Doppelte dieses Preises zu entrichten. Bei rechtzeitiger Melbung werden sie als Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt.

Eine Neuregelung des Markenbrettwesens vom August zu steht auf grohe Schwierigkeiten. Der Gebraute, Markenbrot nur noch unbestimmt aufzunehmen zu lassen, ist nicht durchführbar. Einmal ist keine Einigung über den Begriff „unbestimmt“ zu erzielen; dann es würden ungünstige Ermittlungen mit Hilfe der Finanzämter nötig sein und die momenten müßten dafür neue Kräfte einstellen. Es wird also beim alten System bleiben. Das Markenbrot wird sich im August allmählich auf 30 M. für ein Viertelpfund kostet stellen. Das System des Restes der Getreidezwangswirtschaft soll im Laufe der nächsten Monate verbilligt werden, damit möglichst wenig Verwaltungskosten entstehen.

Brieftaschen richtig frankieren! Der gewöhnliche Brief kostet jetzt je 3 M. (Briefe über 20 Gramm 4 M., über 100 Gramm 5 M.), der Ortsbrief 1 M. (über 20 Gramm 2 M., über 100 Gramm 3 M.), die Postkarte 1,50 M., im Ortsbrief 75 Pf. Unrichtige Frankierung verursacht Kosten und Zeiterlust.

Anträge auf Bewährung von Fahrpreiserhöhungen für die bevorstehende Reisezeit gehen beim Reichsverkehrsministerium in Berlin täglich in außerordentlich großer Zahl ein. In vielen Fällen Fahpreiserhöhungen zulässig sind, ist in den Tarifen genau festgelegt. Abweichungen hieron sind nach § 6 der Verkehrsordnung nicht gestattet. Die Dienststellen und die Eisenbahndirectionen kennen die Vorschriften und ihre Anwendungsmöglichkeit genau. Da alle beim Reichsverkehrsministerium eingehenden Anträge an die nachgeordneten Stellen zur Erledigung abgegeben werden, entsteht durch die unmittelbare Einsendung der Anträge an den Reichsverkehrsminister nur unnötiger Zeitaufwand, der sogar, wenn sich die Entscheidung infolge der Weitergabe über die Zeit des Reiseantritts verzögert, den Beteiligten Nachteile bringt.

Ein Blenenschwamm, der irgendwo einem Jäger aus dem Heim entwichen ist, hatte sich am Mittwoch, gegen Abend, an einem Fenster einer Dachwohnung in der Leipzigerstraße festgesetzt und wurde von dort mit Hilfe einer mechanischen Leiter und eines Jägers von dem Fenster entfernt.

Teil Selbstmordversuch. Am Mittwoch nachmittag wurde in der Saxonistraße eine 35-jährige Ehefrau und in der Zwingerstraße eine 57-jährige Ehefrau bewußtlos aufgefunden. Beide konnten aber wieder durch Führung von Sanitätern zur Bewußtseinsbildung gebracht werden. Ferner versuchte sich in der legenden Stadt eine 21-jährige Ehefrau durch Gasmischung von Leuchtgas zu töten. Die an ihr 40 Minuten lang angestellten Wiederbelebungsversuche führten ebenfalls zum Erfolg.

Diebstahl einer wertvollen Vase. Am 4. Juli, nachmittags, ist im Ausstellungsbüro von einem Stand in der Vorzellausstellung eine sehr wertvolle Vase aus Porzellan gestohlen. Die Vase besteht aus dem linken Bein, rechte Hand in die Hälfte geschnitten. Der Hals steht auf dem linken Bein, rechte Hand auf dem rechten Bein. Die Vase steht auf einem weißen, runden Sockel, der 15 Zentimeter im Durchmesser misst. Auf der oberen Seite des Sockels befinden sich die Worte C. Höller-Dessau, auf der unteren Seite das Fabrikzeichen: eine Krone mit Kreuz zwischen zwei gekreuzten Stäben und das Wort Rosenthal. Die Polizei warnt vor Anlauf der Vase und bittet um sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib derselben.

Vollgesundheit Dresden-Ost. 9. Juli, Heilbewandlung ohne Eintritt. Treffpunkt 1½ Uhr, Adolfsburg 2 Uhr, Röntgenstr. 6½ Uhr, Körnerweg, Loschwitz. 10. Juli, abends 8 Uhr, Vorlesungslager im Stadion. 18. Juli, abends 7½ Uhr, Halbjahrestreffen in der Borsigburgschänke.

Bürgertagmietenscheck Dresden-Rennstadt und Oppelnvorstadt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Breitnitzbad am Mannplatz. Versammlung der Straßenausküsse und Mietzugsabobüro. Einiges nur gegen

Internationaler Bund aller Kriegsopfer. Gruppe Löbau. Görlitz. Sonnabend, Mitgliederveranstaltung im Restaurant zur Burg. Ecke Hermsdorfer Straße. Wichtige Tagesordnung: Bericht vom Kreistag in Dresden.

Aus dem Bartelleben

4. Unterbezirk

Kreisvorstandssitzung

Dienstag den 11. Juli, abends 6 Uhr, im Jugendheim.

Dresden-Kreisstadt. Gruppen 1-6. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Oppelstraße 12. Mitgliederversammlung. Genossen Landtagsabgeordneter Robert Wirth spricht über: Die politische Situation. Parteiangelegenheiten. Allgemeines. Volkszählungsergebnis wird erwartet.

Bezirk Freudenau. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Bergbaumuseum. Vortrag des Genossen Lehrer Heunert über: Walter Rathenau. Zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen ist erwünscht.

Bezirk Pieschen. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Richters Restaurant Vortrag des Genossen Sommer über: Die Erziehung der Söhne. Parteiangelegenheiten. Allgemeines. Neige Beteiligung wird erwartet.

5. Unterbezirk

Die Parteigenossen der Gruppe 3 treffen sich Freitag abends 7½ Uhr an der Ausstellung, dann Wanderung nach dem Schängelpark.

Jungsozialisten. Dresden-S. Sonnabend Treffen 7 Uhr abends am Stübelplatz. Normalmühle. Dienstagsabend, Naturtheater (Großer Garten).

6. Unterbezirk

Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge. Bezirk Strehlen, Leubnitz-Reußstraße, Käfig, Modrig. Sonntag, Nachmittags 2 Uhr, vom Elternheim: Kinder- und Jugendwanderung. (Vollständige Mützen) Eltern sind freundlich eingeladen.

Freitag den 7. Juli, abends 7½ Uhr, im Jugendheim Löbau, Poststraße 16. Letzter Kurzusabend der Genossen Köttners für die Bezirke Löbau, Görlitz, Freital-Potschappel, Plauen, Kreisamt Leubnitz, Freital-Döhlen, Rauschütz, Goseckau, Wilsdruff, Striesen, Cosmannsdorf, Weißwitz, Döllnitz.

Bezirk Löbau. Rauschütz, Plauen. Die für Freitag im Jugendheim angekündigte Versammlung der Betriebsvertrautensmänner kann Umstände halber nicht stattfinden.

Jungsozialisten. Görlitz-Rauschütz-Löbau. Freitag den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Etablissement Bierdorf, Ecke Lange- und Kesselsdorfer Straße. Vortrag von Genossen Wolf über: Materialistische Geschichtsauffassung. Pünktlich erscheinen. Gäste willkommen.

Striesen 3 und 4. Sonnabend Spaziergang nach dem Großen Garten, Schanzenpark. Rauschütz. Abgang: 5 Uhr vom Striesenfriedhof. Gäster: Dr. Schumann.

Bezirk Striesen. Blasewitz, Tolkewitz. Sonnabend, abends 7 Uhr, im Schulhof: Kurze Befreiung der Bezirksführer und Ausgabe von Material. Die Bezirksführer werden ersucht, bestimmt und rücksichtlich zu erscheinen oder einen zuverlässigen Stellvertreter zu schicken.

Gewerkschaftsbewegung

Die Dresdner Gewerkschaften und der Gewerkschaftskongress

In einer gut besuchten Versammlung nahm der Ortsausschuss Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 30. Juli Stellung zum Gewerkschaftskongress. Genoss Tempel berichtete in reichlich einständigen Ausführungen über seine Arbeit und sein Ergebnis. Da über die Tagung selbst an dieser Stelle eingehend berichtet wurde, erübrigte sich ein nochmaliger eingehender Bericht.

In der Diskussion wurde in der Hauptsache zur Organisationsform und zu den Arbeitsgemeinschaften Stellung genommen. Bankarbeiter meinte, daß in der Praxis bereits vielfach die Betriebsorganisation durch die Industrieorganisation abgelöst ist. Die weitere Entwicklung drängt nach Industrieorganisationen. Er belegte diese Ansicht durch die Entwicklung des Metallarbeiterverbundes. Die Leidungsflächen seien bei Industrieorganisationen geringer als bei Betriebsorganisationen. Schule war mit dem außeren Verlauf des Kongresses nicht zufrieden. Im Laufe der Tagung haben sich verschiedene Disziplinwidrigkeiten bemerkbar gemacht. Das sei deshalb beschämend, weil sich diese Vorgänge in Anwesenheit der ausländischen Gäste abgespielt haben. Die Gegner der Arbeitsgemeinschaften sind nicht ehrlich, sonst müßten sie auch aus dem Rechtsausschuss ausscheiden. Die Umstellung oder Verschmelzung der Organisationen kann nicht zwangsläufig, sondern nur freiwillig eintreten. Es hat bemängelt, daß bezüglich der Durchführung der Punkte nicht mehr geschehen ist. Die Tätigkeit in den Arbeitsgemeinschaften ist für die Arbeiter nicht wertvoll. Weiters kritisierte er das Verhalten des Bundesvorstandes zur Schlafzimmersordnung. Reichelt trat für Industrieorganisationen ein und bekämpfte die Arbeitsgemeinschaften. Tempel befürchtete, daß Schlüsselwort einige der in der Debatte berührten Punkte.

Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, den Jahresbeitrag ab 1. Juli auf 8 Pf. für männliche und auf 5 Pf. für weibliche Mitglieder festzusetzen. Die weiteren Punkte wurden wegen vorausgesetzter Zeit bis der Tagesordnung abgesetzt.

Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne

In den Verhandlungen am 4. Juli 1922 zwischen dem Arbeitgeberverband Südliche Gemeinden einerseits sowie dem Verband der Handwerker und Stadtarbeiter, dem Metallarbeiterverband und dem Entwickelnden der Maschinen und Feuer anderseits ist verabredet worden, den Lohn des männlichen Handwerkers in Ortsteil A vom 1. Juli an um 5 M., demnach auf 25,50 M. pro Stunde zu erhöhen. Gleichzeitig ist ein neues Lohnschema vereinbart worden, nach welchem die Löhne aller Arbeitergruppen in allen Betrieben in ein bestimmtes Prozentverhältnis zu dem Lohn eines Südländers in Ortsteil A gesetzt werden. Hierauf werden an Südländern Gemeindearbeiter folgende Löhne gezahlt:

	A	B	C
Handwerker	25,50	24,50	23,50
Angelernte Arbeiter	24,20	23,20	22,20
Ungelehrte Arbeiter	23,20	22,20	21,20
Metallarbeiterinnen	17,00	16,80	15,60
Ungelehrte Arbeiterinnen	16,30	14,70	14,10
Reinigungsarbeiterinnen	14,00	18,50	12,90

Darauf tritt noch die Kindergeldzusage in Höhe von 75 Pf. und Kindergeldzusage in Höhe von 25 Pf. arbeitsmäßig.

Einigung im Einzelhandel

Nachdem der Schiedsspruch im Dresdner Einzelhandel von Spartenorganisationen abgelehnt war, haben diese das Ministerium um Vermittlung angerufen. Die Verhandlungen am 5. Juli begannen. Sie erübrigten sich, da noch eine Einigung mit dem Arbeitgeberverband des Einzelhandels herbeigeführt wurde.

Die Schiedssprüche sind im Druck erschienen und können von an im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Bülowstraße 6, für 8 M. erworben werden. Die Auslieferung durch die Post ist nur dann, wenn das Rückporto beigelegt wird.

Der Zentralverband der Angestellten wird morgen, 7½ Uhr, im Eisenbahnpalast, Schäferstr. 45, in einer Fachgruppenversammlung eine Abstimmung über die neue Einigung in der Einzelhandelsfirma führen. Die im Einzelhandel tätigen Angestellten werden dringend gebeten, das Zentralverband der Angestellten zu erscheinen.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe

Die Funktionäre der Berliner Buchdrucker fachten am Mittwoch einen längeren Diskussionsabend am Freitag, die Berliner

über die Vorgänge in Zwischen veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgende Darstellung:

Die Demonstration zum Schluß der Republik am Dienstag verlief auch in Zwischen ruhig. Nach ihrer Beendigung haben einzelne Truppen von Zivilpersonen den Versuch gemacht, das Haus des Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei Stadtverordnetenhaus anzugehen. Hierzu unabhängig stürzte eine andre Gruppe die 2. und 3. Polizeiabteilung und gelangte dadurch in den Besitz von Waffen. Auf Anforderung wurden 20 Beamte der Landespolizei in die Stadt zur Hilfe gesandt. Auf dem Marsche traten ihnen in der Schneidegger Straße etwa 200 Personen entgegen und rückten einen ungewöhnlich heftigen Angriff gegen die Polizeibeamten. In kurzer Zeit war die Polizeiabteilung eingeschlossen. Bei diesem Zusammenstoß fielen die ersten Schüsse.

Die Beamten gelang es, sich wieder nach der Außenwelt zurückzuziehen. Am Abend und in der darauffolgenden Nacht kam es zu mehreren Angriffen gegen die Außenwelt der Landespolizei und nach vorhergegangenen Verhandlungen zu Schiebereien, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gab. Für die Wucht des Angriffs spricht, daß die Außenwelt eingedrückt worden ist. Diese Vorfälle verschafften der Regierung Veranlassung, in der Nacht auf den 29. Juni die Landespolizei zur Unterstützung nach Zwischen zu entsenden.

Obwohl der Dienstag abend zusammengetretene Aktionsausschüsse der Spartenorganisationen zur Aufnahme der Arbeit am Mittwoch aufgerufen und ein beruhigendes Flugblatt unter der Bevölkerung verbreitet hatte, ruht in und um Zwischen die Arbeit in den meisten Betrieben. Im übrigen herrscht augenblicklich in Zwischen Ruhe. Der Aktionsausschuss hat sich auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung verpflichtet, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Merkmalswert ist, daß auf zwei Straßen Zugang von bewaffneten Arbeitern beobachtet worden ist. Im übrigen ist die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen, von wem die Unruhen ausgehen.

Über die gegenwärtige Lage in Zwischen geht uns von anderer durchaus zuverlässiger Seite noch folgende Darstellung zu:

Die Lage in Zwischen hat sich verschärft. Starke Menschenmassen belagern zeitweilig die Außenwelt der Landespolizei. Von Plauen, Glauchau und Dresden ist in der vergangenen Nacht Verstärkung nach Zwischen abgegangen. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Gewerkschaftsführer und ein bestehender Aktionsausschuss haben die Jurisdiktion der ausgezogenen Landespolizei erbeten. Sie hofften, die errungenen Massen zur Ruhe bringen zu können. Die Jurisdiktion des Ministers des Innern ist mit Genehmigung des Ministers des Innern zugesagt. Die Hoffnung der Führer, daß die herrenlosen Massen ihnen Gefolgschaft leisten würden, hat sich nicht erfüllt. Es ist nun Verstärkung der Landespolizei von Leipzig unterwegs, die vorläufig in Glauchau stationiert wird. In der Stadt Zwischen haben sich Horde gebildet, die nach Holzstückem Mutter Autos beschlagen und plündern. Von der organisierten Arbeiterschaft aus zusammengeführte Truppen sind diesen Horde auf den Fersen. Die Landespolizei hat den Belagernden eine Frist bis heute abend 8 Uhr gegeben. Wenn sie sich bis dahin nicht zerstreuen, soll mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Eine mit den Arbeitgebern gemeinsam abgeholte

Arbeiterblätter in Zukunft wieder erscheinen zu lassen. Der Vorwärts ist bereits am Mittwoch abend wieder erschienen. Der Zentralarbeiter gleichfalls erscheinen zu lassen, weil die wurde mit nicht allzu großer Majorität abgelehnt.

Da die Berliner Freiheit in einem bürgerlichen Betrieb gebracht wird und der Besitzer sich aus Solidarität mit andern Unternehmen weigert, die Freiheit herzustellen, ist die Redaktion des genannten Blattes vorläufig in die Redaktion des Vorwärts übergefeiert, weil die Freiheit bis zur Vereinigung des Streiks in der Vorwärts-Druckerei gebraucht werden wird.

Nach Mitteilungen von unterschiedeter Seite wird der inoffizielle Meinungs austausch zwischen beiden Parteien unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums fortgeführt.

Die Arbeiterschaft in den Buchbindereien, Geschäftsbüchereien und Briefumschlagsfabriken ist gestern früh in den Russland getreten.

Einigung im Baumgewerbe

Im Bankgewerbe wurde noch in letzter Stunde eine Vereinbarung abgeschlossen, die von den Vertretern der Parteien angenommen wurde und die Streitgefechte beendigt. Die Einigung sieht eine Schöbung der Zeuerungsabgaben um 100 v. H. für die Monate Juli und August sowie die sofortige Auszahlung der ersten im Dezember fälligen Jahresgratifikation vor. Ferner sollen die vom Reich gezahlten Überlebenszuschüsse im Juli in dreifacher Höhe an die über 25 Jahre alten, in zweifacher Höhe an die unter 25 Jahre alten und die weiblichen Angestellten zur Auszahlung gelangen. Die verhindernden Angestellten erhalten in einer Summe 150 v. H. der bisherigen Haushaltsumlagen und 300 v. H. der bisherigen Kindergeldumlagen. Rücksicht jollen die Überlebenszuschüsse des Reichs über 25 Jahre alten Angestellten in gleicher Höhe, wie sie das Reich zahlt, den unter 25 Jahre alten und den weiblichen Angestellten in Höhe von zwei Dritteln abgebilligt werden.

Die Gehaltsfälle für die Brauerei-Angestellten sind für die Monate Juni und Juli durch Schiedsspruch festgelegt, der auch von beiden Parteien angenommen wurde. Die neuen Gehaltsfälle sind im Druck erschienen und für 3 M. im Bureau des Centralverbandes der Angestellten, Ritterbergstraße 6, zu haben. Bei Auslieferung durch die Post ist das Rückporto beizulegen.

Der Streik der Schiffsmannschaften, Ingenieure und Techniker hat sich auf Siettlin ausgedehnt. Der gesamte Seeschiffsvorstand vom Siettlin-Hafen aus ist, soweit deutsche Schiffe in Frage kommen, lärmgelegt. Auch der Schäferdienst ruht.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. 10. Bezirk. Alle, die noch Rücksichtsorten zum Sonderzug vom Bundesfest Leipzig haben wollen, müssen sich bis 9. Juli bei Kurt Löwe, Bezirksturner, Reichstraße Nr. 10, melden. Sich später meldende können am Sonderzug nicht teilnehmen. Alle anderen drogen zu den Sonderzügen werden am Sonntag den 9. Juli in Bischachow in der Sitzung geregetzt. — Probeturnen: Sonntag den 9. Juli in Bischachow. Alle Turnwände haben sich 1½ Uhr im Sportheim beim Bezirksturnwart zu melden. 1½ Uhr Antreten zu den Rücksichtübungen. Kleidung zu allen Rücksichtübungen wie in Bischachow. Turnrinnen, Neulen mitbringen! Zur Schöbung der technischen und geschäftlichen Beiter genaue Meldung aller Teilnehmenden zum Bundesfest mitbringen. — Görlitz. Freitag den 7. Juli, 9 Uhr, Monatsversammlung bei Miller, Sonntag den 9. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 7. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 8. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 9. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 10. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 11. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 12. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 13. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 14. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 15. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 16. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 17. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 18. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 19. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 20. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 21. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 22. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 23. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 24. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 25. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 26. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 27. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 28. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 29. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 30. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 31. Juli, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 1. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 2. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 3. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 4. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 5. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 6. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 7. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 8. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 9. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 10. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 11. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 12. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 13. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 14. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 15. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 16. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 17. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 18. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 19. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 20. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 21. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 22. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 23. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 24. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 25. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 26. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 27. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 28. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 29. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 30. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 31. August, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 1. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 2. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 3. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 4. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 5. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 6. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 7. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 8. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 9. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 10. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 11. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 12. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 13. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 14. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 15. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 16. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 17. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 18. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 19. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 20. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 21. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 22. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 23. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 24. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 25. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 26. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 27. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 28. September, 9 Uhr, Badeanstalt Görlitz. — Abend 29. September,

Verbandstag der Buchdrucker

Beim Beginn der Dienstag-Sitzung wurde zu dem im gestrigen Bericht mitgeteilten Telegramm der Berliner Gauleitung sowie der Entschließung Engelmeier, Berlin, gegen eine starke Minderheit vorläufiger Übergang zur Tagessordnung beschlossen. Vorher hatte Seitz vorgelegt, daß es niemanden auf der Generalversammlung gebe, der nicht mit seinen Sympathien und mit dem Wunsch auf Erfolg bei den Berliner Kollegen sei, daß aber die ganze Sphäre es erfordere, die Berliner Bewegung jetzt nicht vor aller Öffentlichkeit zu sancionieren, sondern zunächst den Gang der Verhandlungen und den Bericht der Berliner Gauleitung abzuwarten.

Für die Generaldebatte über den Vorstandsbericht sprachen — mit dreiviertelstündiger Redeweit — als Reichsbudrucker nacheinander Engelmeier, Berlin (Stomm), Siebel, Berlin (il. Soz.), Prok. Weimar (Soz.), dann wurde gemäß der Rednerliste verfahren.

Engelmeier hatte seinen Ausführungen zwei Entschließungen zugrunde gelegt, von denen die eine besagt, daß die vom Vorstand eingeschlagene Politik nicht dazu geführt habe, auch nur die einfachsten Lebensnotwendigkeiten der Buchdrucker zu sichern, geschweige denn ihren Lebensstandard auf die Höhe der Vorkriegszeit zurückzuführen. Die Politik des Vorstandes sei da-

her aufs schärfste zu verurteilen. Die zweite Entschließung verlangt, daß sich die Generalversammlung der Anerkennungserklärung für den Tarifamtssekretär Kollegen Schles nicht anschließen solle.

Siebel (il. Soz.) sprach ebenfalls seine liegende Unzufriedenheit mit der Tarif- und Tarifpolitik des Verbandes sowie auch mit der Schreibweise des Korrespondenten aus. Jeder ungewöhnliche Arbeiter verdiente heute mehr als ein Buchdrucker. Dementsprechend sei der Vorstandstätigkeits-Anerkennung und Zustimmung nicht zu geben. Es sei die Pflicht auch der linksgerichteten Mitglieder, die Gewerkschaften vor Versecung und Abverdteilung zu bewahren. Dementsprechend sei anzutämpfen gegen Raumacherrei von rechts, dann auch gegen die Rechtspannungen von links.

Den Gegenfall zu diesen beiden Rednern vertrat Prok. Weimar, in temperamentvoller Rede, insbesondere über das Vorrecht der Opposition in den Orten und Bezirken. Zur engeren Vexiopolitik vertrat er den Standpunkt, daß die Lebensinteressen der Buchdrucker nicht besser hätten gewahrt werden können, als es im Tarifausdruck geschehen ist. Deshalb möge die Generalversammlung dem Verbandsvorstand bezeugen, daß er entsprechend den ihm zuteil gewordenen Weisungen sein Möglichstes zur Wahrung der Interessen der Mitglieder getan habe und ihm ihr Vertrauen aussprechen.

Allen drei Rednern wurde von ihren Gruppen lebhafte Bei-

fall zuteil. Die dann beginnende Einzeldiskussion ging heute noch nicht zu Ende.

Entsprechend dem Antrage der Mandatsträger wurden alle Mandate für gültig erklärt, jedoch im Hinblick auf unledichtliche Vorstellungen der Appell an die Mitglieder gerichtet, die mandatorisch eingerissene Gewohnheit, daß sie zur Wahl vorgeschlagenen in Flugblättern gegenseitig bekämpfen, restlos einzustellen.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungssektor: Paul Rothmann für Sachsen u. Gewerkschaftsbewegung; Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzapfel, sämtlich in Dresden; für den 8. Kreis und Volales aus Kreisal: Richard Womack; für Wildau; für den Industrieteil: Max Weichold in Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

Gütekönig
Homhaut, Schweißen u. Werzen
beseitigt
schnell, sicher,
u. schmerzlos.
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich!
Drogerie Ladewsky, Schandauer Straße 49.

Gegen Fußschwellen u. Wundauflaufe Mukiro-Pfussbad!

Es geht weiter!

Rachemire-Seide, ca. 100 cm breit, viele	590,-
Golienne, Wolle mit Seide, alle modernen	398,-
Gardinen, Farben	450,-
Messaline, ca. 45 cm breit, alle Farben	125,-
Messaline, ca. 85-90 cm breit, viele Farben	198,-
Blusenseide, farbig und gestreift	85,-
Cheviot, reine Wolle, prima, prima, ca. 130 cm breit	265,-
Kammgarn-Cheviot, moderne Farben	398,-
Gabardine, 130 cm breit, alle Kleiderfarben	475,-
Kostümstoffe, taus. Gefüllen, 130-140 cm breit	275,-
Damen-Lüche, beste Qualität, alle Farben	590,-
Popeline, reine Wolle, alle modernen Farben	245,-
Karierte Stoffe i. Ringerflechter, teils reine	115,-
Wollmusseline, 195,-, 130,-, 149,-	125,-
Kleiderstoffe, hell und dargest.	69,-
Wollvoile, reine Wolle, nur marine, ca.	165,-
Kleidervoile, alle Farben, ca. 115 cm breit	98,-
Kleidervoile, weiß	49,-
Wollmusseline, wundervolle Muster	149,-
Kleidervoile, dunkelfarbige gemustert, 115 cm	89,-
Halbwoll. Musseline, Tastenmuster	49,-
Schrüzen-Satin u. Kretonne, il. Futter	59,-
Kleiderblaupapier, exzellente Qualität	63,-
Schrüzenblaupapier, doppelseitig, gr. 79,-	69,-
Bettzeug, rot-grün, Tastenbreite 62,-	98,-
Stangenleinen für Bettwäsche geeignet	105,-
Handtuchstoffe, Mitteldreh u. Wertheim	59,-, 56,-, 58,-
Percal, normale Muster, für Oberbekleidung und	69,-
Molton, grau und blau meliert	79,-
Tischdeckenstoffe, bunt farbiert	98,-
Wachstuch, für Tischbelag, prima	120,-
Handtücher, abgesetzt, grau, ca. 1 m lang	27,-

Ein Riesenposten Wäschestickereien zum Meter 1680 1450 1150 950 750 450

Ein Posten Perkal-Blusen

Gemäßform, wunderbare Streifen 195,-

Ein Riesenposten Wäschebogen und Besäße

Meter 140 165 175 185 225 250

Ein Posten reintwollene Kleider

reich garniert 1980,- 1480,- 1290,- 890,- 450,-

Ein Riesenposten Damenstrümpfe

69,- 45,- 39,- 32,- 22,-

Ein Posten reintwollene Plausch-Mäntel

schwere Winterware 2450,- 1980,- 1580,- 1250,-

Ein Riesenposten Wintermantelstoffe

540,- 490,- 398,- 248,- 129,-

Von Freitag den 7. bis Mittwoch
den 12. bringen wir nochmals gewaltige
Warenmassen, zum Teile schon Winter-
ware, zu sensationell billigen Preisen

Damen-Hemden mit Stofferei u. Bogen garn. 165,-, 135,-, 98,-

Damen-Hemden, ro. Stoff, m. Stoff, Stoff 189,-

Damen-Blusekleider aus Gemisch. Stoff, 85,-

Damen-Nachthemden, ro. Stoff, 225,-

Unterhosen, schwere Verarbeitung 79,-, 99,-, 45,-

Unterhosen, mit feinsten Spuren garniert 135,-, 110,-, 95,-

Stoff-Unterröcke, breite Stofferei-Varianten 125,-

Prinzehunterkleider, elegant garniert 290,-

Korsettshoner, fein gestrickt 29,-, 22,-, 18,-

Schlupfhosen für Damen 110,-, 98,-

Hemdholzen für Damen 210,-, 115,-, 110,-, 85,-

Oberteile, elegant garniert 185,-, 158,-, 125,-

Herren-Einsatzhemden, prima Qualität 170,-

Herren-Trikotshemden, maßgefertigt 98,-

Herr-Trikotbeinkleider, 160,-, 140,-, 115,-

Nehzoden 61,-, 49,-, 44,-, 39,-

Oberhemden, teils mit goldenen Knöpfen 350,-

Sporthemden, Seide 365,-

Sportservietten mit passendem Tragen 45,-

Sportvorhemden mit Steppmatte 8,-

Sportkragen, moderne runde Form, feiner Rips 9,-

Selbstbinder, strohe Form, moderne Muster 16,-

Strickbinder, leicht Newheiten 65,-, 54,-, 44,-, 34,-

Sportgürtel für Herren 55,-, 45,-, 39,-, 29,-

Lätzgardinen, schöne Muster, große Varianten 59,-

Spannstoffe, volle Breite, in vielen Varianten 72,-

Halbstores, teils mit Polster und breitem 245,-

Halbstores, elegante Blumengitter 79,-, 67,-, 62,-

Küchengardinen, 2 Stück, 1 Cuercheinig, 780,-

Scheibengardinen, mit Gürtel und Polster 32,-

Für Wanderungen:
Sport-
Hemden
Stutzen
Wickelgamaschen
in jeder Aus-
führung
W. Metzler
Altmarkt
11238

Läuse

Banden, Möhle, unge-
wöhnlich vertikal, sofort bei
Wiederhol. Tier, 1000 mal
benötigt. Preis 10,-, 8,-, 6,-
gr. Werk, 10,-, 8,-, 6,-, 4,-
S. Ziegler, Am See 33, Mu-
nich; W. Metzler, 40;
Düsseldorf; Dietrich, 11; Sage-
mann, Am Markt, 1021

Für d. Kg. ausgestattete
**Frauen-
Haare**
zähle ich jetzt bis 1/200
300 M.
(für 100 Gramm bis 30 M.)
Frau Emma Schunko
am Postplatz
40 Wilsdruffer Str. 40

Wein,
Sekt,
Kognak-
und andre
Flaschen

Korbflaschen
Weinkisten
faulen ständige kleine und
große Körben seit Jahren
B.F. Neumann & Co.
Neue Gasse 21.
Telefon 13481. 11204

Korbflaschen
Verwandelter
Kognakflaschen
faulen jeden Vortag
Hugo Häring Nachf.
Görlitzer Str. 19.

Zur Pflege
des Außen-
Menschen

Achtung, Händler!
siehe eingekreist:
Hemdenleiche, Stangenleinen, Damast,
b. Bettzeug, Einsatzhemden usw.
S. Schärf,
Dietrichstraße 26, Ein-
gang Rossmarkt, 1. Ab.

Herrfurth*
Mitte Altkönigstr.
und Hauptbahnhof
Große Brückengasse 43

Laubegast.
Reklamationen auf die Treibholz-Bohr-
sitzung sowie auf häusliche Dienster und Selbst-
fertigkeiten nimmt entgegen

Wlrd. Greber, Laubegast, Sitzungstr. II, 11.
Gänseblümchen werden umgehend erledigt.

So!

Ohne
Schuhputz
Nigrin
gehts nicht.

**Kaufhaus Borinski g.m. Wilsdruffer
b. h. Str. 32-34**

**HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC**
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SOD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. — Hervorragende
III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal
Erstklassige Salons u. Kabinenräumter

Eine wöchentliche Anfahrt von
HAMBURG NACH NEW YORK

EISENBAHNPARKARTEN
zu Schaltpreisen. Zusammenstellbare
Fahrscheinfette für das In- und Ausland

SCHLAFFWAGENPLÄTZE
Bettkästen für deutsche und für inter-
nationale Schlafwagen

REISEGEPÄCKVERSICHERUNG
ohne Zeitverlust zu günstigen Bedin-
gungen, auch für Übersee

LOFTVERKEHR
Rundflüge, Reklameflüge, Brief- und
Paketbeförderung

Auskäufe und Druckarbeiten durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertriebe ist:

Chemnitz: Alfred Blank, Langstr. 25.

Bautzen: Ernst Semmler, Töpferstr. 21.

Dresden: Emil Hölek, Mos-
zinskystraße 7. 11267

Guter Rat!

Gibt dir Raum genug?

Trink
ORONOSO
zum Genuss!
Willst du Dein Gesicht verstecken?
Trink

ORONOSO
für Deinen Gesicht!
guter Fruchtsaft
für dein Gesicht
bringt kleinen Saft
deinen Leibeswill!

C. Spielhagen

Wein- u. Branntweingroßhdg.

Annenstraße 9 ::

Bautzner Straße 9 11268

Lieferant